



Vierteljährlicher Abonnementssyrr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer kleinen Seite 30 Pf., für Infektion aus Schlesien u. Böhmen 20 Pf.

Erschienen: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Ausgaben Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 124. Morgen-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 18. Februar 1888.

## Die Lage des Friedens.

Eine ehrne Zeit ist herangebrochen. Unter dem Rauschen des Tages spürt man den Fettich der Weltgeschichte. Auf allen Seiten bereiten sich die Völker zum entscheidenden Kampf. Allenthalben wird mit Siebereifer die Rüstung vollendet, als stünde die alte Welt vor einer Umwälzung, wie sie das Jahrhundert noch nicht geschaut hat. Fürst Bismarck hat vor jeder Kopslosigkeit, vor jeder Nervosität gewarnt. Er könnte rufen: „Wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt.“ Hat aber der Kanzler die Gefahr gebannt, indem er sie eine beständige nannte, ist die Krankheit besiegt, wenn sie als Chronisch gilt? Die deutsche Nation bangt nicht vor der Zukunft. Sie blickt jeder Gefahr ruhig und zuversichtlich ins Auge. Aber die Verse des Dichters gehören heute dem Reiche der Träume an: „Schön ist der Friede; ein lieblicher Knabe, liegt er gelagert am ruhigen Bach.“ Der Bach beginnt zu schwollen und zu wachsen. Tiefend ergeht er sich in die Lande, ohne daß heute vorauszusehen ist, welches Ergebnis das Naturereignis für die Menschheit haben werde.

Das ist das Gefühl, welches weite Kreise des deutschen Volkes erfüllt, und nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller Nationen. Wir hoffen auf den Frieden, aber wir rüsten zum Kriege. Das Bild eines großen Coalitionskrieges hat Fürst Bismarck der opferfreudigen Nation vor Augen geführt, und die Nation ist nicht erbläßt, sondern sie sieht der Zukunft mit jener Entschlossenheit entgegen, welche die Gefahr kennen lernt, um sie zu bestehen. Gerade im Hinblick auf die Größe des Zweckes wächst die Größe des Muthe und der Entschlossenheit. Nicht ohne Grund ist gesagt worden, es sei der deutschen Nation von der Vorstellung nicht bechieden, in Frieden und Ruhe ihrer Güter zu genießen. Und nicht ohne Fug hat der große Schlachtenderker prophezeitet, daß deutsche Volk werde, was es in einem halben Menschenalter errungen, drei Menschenalter zu vertheidigen haben. Deutschland geht nicht auf Erbuerungen aus, es gehört zu den „saturirten“ Staaten. Aber keinen deutschen Mann wird der Gedanke anwandeln, Ehre und Wohl des Vaterlandes antasten und alte deutsche Provinzen vom Mutterlande wieder abreissen zu lassen, nachdem das Kriegsglück den Bund erneut und befestigt hat.

Als im vorigen Jahre die Staatsmänner der verbündeten Reiche in dem Schlosse des Sachsenwaldes weilten, da konnte Fürst Bismarck dem großen Patrioten, der seine Landsleute einst die „Sachsen der lateinischen Race“ genannt hat, das Wort zum Abschied sagen: „Wir haben dem Frieden einen Dienst geleistet.“ Je mehr Licht über die Bündnisse verbreitet wird, um so mehr Berechtigung erhält der Anspruch, daß die Staatsmänner, wenn sie sich in Friedrichshafen verschworen, eine Verschwörung zu Gunsten des Friedens gemacht haben. Heute sind im Wesentlichen auch die Grundzüge des Bündnisses mit Italien bekannt. Nirgends wird der Eroberungswunsch Vorschub geleistet. Nirgends wird dem Eigennutz oder der Abenteuerlust auch nur ein Schimmer von Hoffnung erweckt. Neuerall tritt die ernste Liebe zum Frieden der Völker an den Tag. Wer immer die Bündnisse schmäht, muß erkennen, daß ihre Spitze gegen Niemand gerichtet ist, der nicht ruchlos den Frieden gefährdet und die Kriegsfürke entfesselt.

Von demselben Geist durchweht ist die Rede, welche der Kanzler gehalten hat. Es ist eine Sprache wie eine Rechtfertigungsschrift für die Weltgeschichte, vielleicht auch eine Anklageschrift für die Zukunft. Noch hat der Kanzler dem Gegner Rosenketten gewunden, ohne ihn durch die Dornen zu verlegen. Aber es können die Tage kommen, in denen eine Ergänzung dieser Rede erfolgt. Noch hat Fürst Bismarck gesagt, daß wir in Freundschaft mit Russland leben, in einer Freundschaft, die, mag sie auch nur auf dem Wort des Zaren beruhen, doch über jeden Zweifel erhaben sei. Frücht aber erst dieser Zweifel um sich, dann wird die Erinnerung an die ganze Vergangenheit erwachen, die Erinnerung an alle jene Demütigungen und Mißhandlungen, welche die deutsche Nation durch Russland erfahren hat, von den Tagen der heiligen Allianz und der Karlsbader Beschlüsse bis auf die dreiste Verkündigung des Fürsten Goritschakow, daß der Zar in Berlin den Frieden geboten habe, bis auf die Kriegsdrohung gegen das Deutsche Reich, als dasselbe sich nicht dazu entwürdigen wollte, Österreich die Früchte des Berliner Friedens zu entringen, und bis zu der schändlichen Verleugnung des Völkerrechts, welche Russland in Bulgarien verübt hat, um aus dem dann erwachsenden Zustand Anlagen gegen Deutschland zu schmieden. „Die Russen sind nicht bestellt in Deutschland“, hat der Kanzler einmal gesagt. Es ist wahr, das deutsche Volk, erwachsen und geeint auf dem nationalen Gedanken, der ein liberaler ist, hat keine Neigung für jenes Regierungssystem, welches nach tatarischem Recepte handelt. Und woher sollte die Vorliebe für ein Völkergerisch kommen, welches seit Jahrzehnten sich verzehrt in dem glühenden Hass gegen die deutsche Cultur, für das Slavenhum, welches den Umsturz aller stehenden Staaten predigt, um auf deren Trümmer das russische Weltreich zu errichten? Aber diese Abneigung, natürlichen Ursprungs, würde niemals der deutschen Nation das Schwert in die Hand drücken zum Kampfe gegen das russische Volk; Deutschland wird niemals einen Angriffskrieg führen, am wenigsten gegen Russland. Aber angegriffen, ruchlos angefallen, wird die deutsche Nation sich erheben wie ein Mann, in einer Größe, wie man sie nie erblickt hat. Es ist ein treffendes Wort, das Fürst Bismarck gesprochen von den „Imponderabilien in der Politik“. Er hat es nicht erst in der jüngsten Rede angewendet, sondern schon am 1. Februar 1868 von jenen Imponderabilien geredet, „jenen Dingen, deren Einflüsse unberechenbar, aber oft mächtiger sind als die der Heere und der Gilder“. Zu diesen unwägbaren Dingen rechnet der Kanzler den Sturm der Begeisterung, der sich erheben werde vom Memel bis zum Bodensee, wenn dieser große Krieg uns angekündigt wird. Der Kanzler weiß es, es ist der Geist, der Wunder verrichtet.

Fürst Bismarck hat gewarnt vor Kopslosigkeit und verlangt, daß die deutsche Nation sich an den Zustand der Gefahr gewöhne. Nur schwer kann ein Politiker glauben, ein Fürst, ein Staatsmann, ein Volk könne so leidenschaftlich verbündet sein, um bei der gegenwärtigen Gruppierung der Mächte die Fackel in das Pulverfaß zu schleudern. Noch in den jüngsten Tagen hat die englische Regierung jeden Zweifel besiegt, als werde sie sich zur Schildhalterin des Kosackenthums machen. Aber wenn auch gerechte Zweifel an der Verwegtheit walten müssen,

so bilden doch die Maßregeln der russischen Politik seit Jahr und Tag eine fortschreitende Kette, welche, wenn sie nicht endlich einmal jäh unterbrochen wird, nothwendig Schlüsse für die Zukunft gebietet.

Die Politik Russlands im Orient scheint schlechterdings auf eine gewaltsame Lösung angelegt, und auch die inneren Verhältnisse scheinen je länger je mehr zu einer Katastrophe zu drängen. Wohin hat die heutige Politik die russischen Finanzen geführt? Noch wenige Monate, und das Zarenreich steht vor der Beschränkung der Zinszahlung. Wie lange noch, und die Frage ist: Bankrott oder Krieg? Es sind schon Wochen seit der Rede des Kanzlers vergangen, und noch hat der Zar das erlösende Wort nicht gesprochen. Das Zünglein an der Waage ist in Bewegung; aber bisher ist nicht zu erkennen, ob es sich auf die Seite des Friedens neigen werde. Die „Nervosität“ hat der Kanzler gebannt, aber die Gefahr ist unvermindert. Möge endlich der Zar den Entschluß finden, der ihm selbst und dem Welttheil zum Segen gereicht. Das deutsche Volk aber sieht der Zukunft entgegen mit Liebe zum Frieden, ohne Furcht vor dem Kriege — im Auge den Feind, im Herzen das Vaterland.

## Deutschland.

○ Berlin, 16. Februar. [Die Ärzte und die Krankenkassen.] Die Frage des Verhältnisses der Ärzte zu den Krankenkassen, welches wiederholt in Fachkreisen und auch auf dem Arztetage verhandelt worden ist, hat dem geschäftsführenden Ausschuß des deutschen Arztevereinsbundes Gelegenheit zur Einreichung einer Denkschrift an den Bundesrat und den Reichstag gegeben, welche die gesamme Frage in durchaus klarer Weise vom gegebenen wie gemeinnützigen Standpunkte aus behandelt. Im October 1885 hat der ärztliche Bezirksverein Chemnitz darüber Beschwerde erhoben, daß seitens dortiger Krankenkassen zur Behandlung von Patienten Laien zugezogen waren, während nach dem Wortlaut und Geist des Gesetzes vom 15. Juni 1883 nur Ärzte berechtigt seien, Mitglieder der Krankenkassen in Erkrankungen zu behandeln. Der Rath der Stadt Chemnitz wies diese Beschwerde zurück, und das sächsische Ministerium erklärte ausdrücklich, daß unter „ärztlicher Behandlung“ allerdings lediglich die Behandlung durch approbierte Ärzte zu verstehen sei, daß jedoch, wenn ein Kassenmitglied unter Zustimmung des Kassenvorstandes oder der Kassenverwaltung die Hilfeleistung seitens einer anderen Person wünsche, der Verläßlichkeit eines solchen Wunsches, zumal im Mangel eines gesetzlichen Verbots ein Bedenken nicht entgegenstehe. Nur müsse dem Kassenvorstand das Recht vorbehalten bleiben, in Fällen, wo es die Art der Krankheit erfordert, die Behandlung durch einen approbierten bzw. durch einen Specialarzt vorzuschreiben. Der Bundesrat hat dem Ansuchen um authentische Interpretation des Gesetzes nicht entsprochen, sondern Herr von Bötticher hat im Reichstage am 3. März 1887 erklärt, daß der Bundesrat nicht der Meinung gewesen, daß durch das Krankenversicherungsgesetz festzustellen sei, wer zur Ausübung der ärztlichen Praxis berechtigt sei, daß dafür vielmehr die Gewerbeordnung bzw. diejenigen Landesgesetze, die sich mit der Ausübung der ärztlichen Praxis zu beschäftigen haben, sedes materiae seien. Die Denkschrift des Arztevereinsbundes führt nun treffend aus, daß Herr von Bötticher in einem Schreiben vom 8. Juli 1885 entgegengesetzt gesagt habe, das Gesetz lege den Vereinigungen die unbedingte Pflicht auf, ihren Mitgliedern freie ärztliche Behandlung zu gewähren „die Zuziehung des Arztes“ sei daher nicht davon abhängig zu machen, ob die Kosten desselben erschwingbar seien. Solche ärztliche Hilfe ihren Mitgliedern zu gewähren, seien auch die dürftigsten Kassen verpflichtet „und befinden sich daher gegenüber der Coalition der Ärzte allerorten in einer Zwangslage“. Der Staats-Secretär röhnte es als einen Vortheil des Gesetzes, daß dasselbe die Zuziehung eines Arztes bei jeder Krankheit auch in solchen Kreisen zur Regel mache, in denen sie bisher theils aus Gleichgültigkeit, theils wegen mangelnder Mittel gar nicht oder nur im höchsten Notfalle stattfand. Derselben Meinung hat die bayerische Staatsregierung Ausdruck gegeben, indem sie unter dem 1. August 1886 es als überflüssig erklärt, erste allgemein anzurufen, daß nur approbierte Personen als Krankenkassenärzte fungieren können, da das Gesetz, die Motive und die Gewerbeordnung keinen Zweifel daran lassen, daß die Bezeichnung „Arzt“ und „ärztlich“ lediglich auf bestimmte approbierte Medicinalpersonen anzuwenden sei. Die hessische Dienst-Instruktion vom 14. Juli 1884 besagt ebenso, daß die Beträufung nicht approbiater Personen mit amtlichen Funktionen bei den Krankenkassen der Absicht des Reichsgesetzes entgegen sei. Dasselbe erklärt die Dienstanweisung für die badischen Bezirkärzte vom 1. Januar 1886. Derselben Meinung ist das sächsische Landes-medical-collegium unter dem 22. November 1886 und einstimmig die medicinische Facultät von Leipzig beigetreten. Die Motive des Krankenversicherungsgesetzes und die Debatten über die Regierungsvorlage enthalten so außerordentlich viele Stellen, welche in demselben Sinne bedeuten werden müssen, daß man schwerlich an der Berechtigung des Verlangens der Petenten zweifeln kann, es möge der Bundesrat oder nöthigenfalls die Gesetzgebung der in Chemnitz und an anderen Orten bestellten Auslegung des Begriffes „ärztliche Hilfe“ ein Ende machen. Man mag im Übrigen über die Berechtigung eines Heilmönopols der Ärzte denken, wie man will; in dem vorliegenden Falle handelt es sich offenbar um das gute Recht der Arbeiter, durch approbierte Ärzte und nicht durch Kurpfuscher behandelt zu werden, und dieses Recht sollte ihnen auch nicht durch eine irre Auslegung des Gesetzes verkümmert werden. Hoffentlich kommt diese Petition des Arztevereinsbundes in der laufenden Session noch zur Erledigung, auch wenn dieselbe schon, wie geplant wird, Mitte März schließen sollte.

[In der XII. Commission des Reichstages, welche über den Entwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem Schutzbereiche zu berathen hat, ist ein von den Abgeordneten Dr. Hähnel, Dr. Hammacher, Dr. von Marquardsen, Dr. Meyer (Jena), Robbe, Gr. von Arnim und Bergmann gestellter Antrag eingekommen, dem Gesetzentwurf folgenden Artikel III hinzugefügt:

§ 9. Deutschen Colonialgesellschaften, welche die Colonisation der deutschen Schutzbereiche, insbesondere den Erwerb und die Verwertung von Grundbesitz, den Betrieb von Land- oder Plantagenwirtschaft, den Betrieb von Bergbau, gewerblichen Unternehmungen und Handelsgeschäften in denselben zum ausschließlichen Gegenstand ihres Unternehmens und ihren Sitz entweder im Reichsgebiet oder in den deutschen Schutzbereichen haben, oder denen durch kaiserliche Schreiberei die Ausübung von Hoheitsrechten in den deutschen Schutzbereichen übertragen ist, kann auf Grund eines vom

Reichskanzler genehmigten Gesellschaftsvertrages (Statuts) durch Beschluß des Bundesrats die Fähigkeit beigelegt werden, unter ihrem Namen Rechte, insbesondere Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugeben, vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden. In solchem Falle haftet den Gläubigern für alle Verbindlichkeiten der Colonialgesellschaft nur das Vermögen derselben.

Der Beschluß des Bundesrats und im Auszuge der Gesellschaftsvertrag ist durch den Reichsanzeiger zu veröffentlichen.

§ 10. Der Gesellschaftsvertrag hat insbesondere Bestimmungen zu enthalten:

- 1) über den Erwerb und den Verlust der Mitgliedschaft;
- 2) über die Vertretung der Gesellschaft Dritten gegenüber;
- 3) über die Befugnisse der die Gesellschaft leitenden und der die Leitung beaufsichtigenden Organe derselben;
- 4) über die Rechte und Pflichten der einzelnen Mitglieder;
- 5) über die Jahresrechnung und Bertheilung des Gewinns;
- 6) über die Auflösung der Gesellschaft und die nach eintretende Vermögensverteilung.

§ 11. Deutsche Colonialgesellschaften, welche die im § 9 erwähnte Fähigkeit durch Beschluß des Bundesrats erhalten haben, unterstehen der Aufsicht des Reichskanzlers. Die einzelnen Befugnisse derselben sind in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmen.

[Erleichterung der Volkschullästen.] In der Commission des Abgeordnetenhauses, welche das Gesetz über die Erleichterung der Volkschullästen zu berathen hat, wurde in die zweite Lesung der Vorlage eingetreten. Bei § 1 erfuhr der Vertreter des Finanzministers nochmals dringend, mit Rückicht auf die Finanzlage, um die Ablehnung sämtlicher Beschlüsse, welche über die von der Regierung in Aussicht genommene Summen von 20 Millionen Mark hinausgehen. Dagegen wurde aus dem Schosse der Commission geltend gemacht, daß die Überbeschreibung, welche sich nur auf wenige Millionen beziehe, bei dem gegenwärtigen Staatshaushaltsetat keine Rolle spielen könne, zumal für das laufende Jahr hinreichende Deckung vorhanden sei, in Zukunft aber größere Einnahmen aus den Verbrauchsabgaben zu erwarten seien. Seitens des Abg. v. Bedlich wurde der Gedanke angeregt, in Fällen, wo der jährliche Überschuss nicht so groß sei, um die Mehrausgabe zu decken, die selbe zunächst aus den den Gemeinden auf Grund der lex Huene zustehenden Einkünften zu entnehmen. Dieser Gedanke fand lebhafte Widerspruch, namentlich seitens des Abg. v. Huene selbst, welcher auch heute wieder betont, daß dies Gesetz thunlichst bald einem besseren weichen müsse, wobei er auf die Überweisung der Haus- und Gebäudesteuer abzielte. Durch den Antrag von Bedlich würde diese Reform aber lediglich erschwert. Schließlich wurde der § 1 dahin angenommen, daß der Zuschuß für den ordentlichen ersten und alleinstehenden Lehrer 400 Mark, für andere ordentliche Lehrer 300 Mark, für Lehrerinnen 200 Mark und für Hilfslehrer 100 Mark beträgt. Die jetzige Fassung unterscheidet sich von derjenigen erster Lesung dadurch, daß der Zuschuß für die Lehrerinnen auf Grund eines Antrages des Abgeordneten Holz (Freikonserv.) von 300 auf 200 Mark herabgesetzt wurde. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Rationalliberalen und einige Mitglieder des Centrums. Nach langerer zum Theil sehr formalistischer Debatte gelangten darauf die §§ 2 und 3 in folgender Fassung zur Annahme: § 2. Der Staatsbeitrag ist an diejenige Kasse, aus welcher der Lehrerbesoldung bestritten wird, vierjährlich im Voraus zu zahlen. Derselbe dient zur Besteitung folgender von den zur Unterhaltung der Volkschulen nach öffentlichem Recht verpflichteten zu gewährenden Leistungen: 1) des baaren Theils des Dienstinkommens der Lehrer einschließlich der Aufwendungen für nicht voll beschäftigte Lehrkräfte; infofern er hierzu nicht erforderlich ist 2) des anderweitigen Dienstinkommens, einschließlich der Aufwendungen für Dienstwohnung, Feuerung und Bewirthaltung des Dienstlandes, mit Ausschluß jedoch der Baukosten. Dabei sollen Leistungen, welche auf Umlagen beruhen, vor sonstigen Leistungen berücksichtigt werden. § 3. Das Recht auf den Bezug des Staatsbeitrages ruht, so lange und so weit dessen Zahlung eine Erleichterung der nach öffentlichem Recht zur Schulunterhaltung verpflichteten, bezüglich der von ihnen für das Dienstinkommen von Lehrern und Lehrerinnen an Volkschulen zu tragenden Lasten mit Rückicht auf vorhandenes Vermögen oder auf Verpflichtungen Dritter aus besonderen Rechtstiteln nicht würde bewirkt werden. — Der § 4 der Regierungsvorlage, welcher für die Dauer der Erledigung einer Schulfeste den Staatsbeitrag nicht zu gewähren vorschlägt, wurde durch einstimmigen Beschluß der Commission gestrichen, da derselbe der in der Commission einstimmig vertretenen Auffassung widerstrebt, daß die Zuschüsse nicht für die Belohnung der einzelnen Lehrer, sondern für die Lehrerstellen insgesamt geleistet werden sollen. Diese Auffassung wird durch eine entsprechende Formulierung des § 1 darauf festgestellt, um keinen Zweifel über das Prinzip aufkommen zu lassen. — Der § 5 des Gesetzes wird von der Subcommission in folgender Fassung empfohlen: „Die Erhebung eines Schulgeldes bei Volkschulen findet fortan nicht statt. Nicht ausgezloffen wird durch diese Vorstufe die Erhebung eines Schulgeldes 1) für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schule nicht einheimisch sind; 2) bei einzelnen Schulen, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anforderungen nicht hinausgehen, wenn alle schulpflichtigen Kinder des Schulbezirks, für welche die Aufnahme in eine solche Schule nicht nachgeahmt wird, in einer schulpflichtigen Schule des Bezirks Aufnahme finden. Der Staatsbeitrag wird für Lehrerstellen an solchen Schulen nicht gezahlt; im Übrigen aber gelten dieselben als Volkschulen im gesetzlichen Sinne. Außerdem kann bei Volkschulen, bei denen der durch Aufhebung des Schulgeldes entstehende Ausfall durch den Staatsbeitrag oder weitere dafür zu gewährenden Staatsbeiträgen nicht gedeckt sind, die einstweilige Erhebung von Schulgeld mit Genehmigung bei Landsschulen des Kreisausschusses, bei Stadtschulen des Bezirksausschusses stattfinden, wenn andernfalls eine erhebliche Vermehrung der Communal- oder Schulabgaben eintreten müßte. Der Gesamtbetrag des hierauf fort zu erhebenden Schulgeldes darf jedoch die an der Deckung fehlende Summe nicht übersteigen und von 5 zu 5 Jahren ist zur Weitererhebung eine erneute Genehmigung erforderlich.“ Ministerial-director de la Croix erklärte zunächst bezüglich der Bestimmung sub 2, welche den Briell-Bedlich'schen Antrag wiedergebt, daß die Regierung derselben immerhin, wenn auch nicht sympathisch, doch auch nicht feindlich gegenüberstehe, da mit derselben ein Durchbrechen des Grundgedankens des Gesetzes nicht herbeigeführt werde, im Übrigen auch zu erwarten sei, daß die Höhe der in Aussicht gestellten Staatszuschüsse die betreffenden Gemeinden doch über kurz oder lang zu völliger Besetzung des Schulgeldes drängen werde. Den letzten Absatz, welcher im Wesentlichen, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, den conservativen, bereits beprochenen Antrag wiedergebt, erklärte der Regierungsvertreter als im Widerspruch mit dem Grundgedanken des Gesetzes stehend, für nicht annehmbar. Die Discussion erstreckte sich zunächst auf den ersten Theil des Paragraphen; zu demselben war von Seiten der Rationalliberalen der bereits in erster Lesung eingebrachte Antrag mit dem Trammischen Amendment wieder erneut, wonach abweichend von dem Briell-Bedlich'schen die Erhebung eines Schulgeldes nur in sogenannten gehobenen Volkschulen weiter zulässig sein sollte. Dasselbe wurde in eingehender Weise seitens des Abg. Weber aus den Verhältnissen vieler Communen des Westens nochmals begründet und dabei hervorgehoben, daß gerade durch Annahme derselben dem System der Armenenschulen, welches der Briell-Bedlich'sche Antrag im Gesetze haben werde, vorgebeugt werde, und schließlich nachgewiesen, daß derselbe gerade im Einklang mit dem Grundgedanken des Gesetzes stehe. Seitens der Abg. Brüel und v. Bedlich wurde dem widerprochen und es fiel auf, daß letzterer im Laufe der Debatte, obwohl er derartige Schulen mit Schulgelderhebung als Volkschulen im Sinne des Gesetzes nach seinem Antrage angesehen wissen will, sich dennoch für den von seinem Parteigenossen Wessel eingebrachten Antrag, wonach den Lehrern an solchen Schulen der Pensionszuschuß nicht weiter gezahlt werden soll, aussprach. Auch der Vertreter des Cultusministers, Geh. Rath Raffel, trat dem nationalliberalen Antrage in sofern ent-

gegen, als er berartig gehobene Schulen als Volksschulen im gesetzlichen Sinne nicht gelten lassen wollte, mithin für die Lehrer an denselben die Anwendbarkeit der Bestimmungen über das Lehrerentlohnsgesetz, Comunalbesteuerung &c. bestimmt. Zu einer Abstimmung kam es heute noch nicht, vielmehr wurde die Sitzung auf Montag vertagt.

[Unfallverhütung.] Von den 62 Berufsgenossenschaften habe bereits 32 Unfallverhütungsvorschriften mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes erlassen; bei den anderen Genossenschaften sind sie in Vorbereitung. Für alle Industriellen wird deshalb folgendes kürzlich erlassene Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes von Interesse sein: „Seitdem die Berufsgenossenschaften zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften geschritten sind, ist das R.-V.-A. wiederholt von Erfunden und Vertretern von Erfindungen darum angegangen worden, ihre zur Verhütung von Unfällen in gewerblichen Betrieben bestimmten Apparate &c. den berufsgenossenschaftlichen Organen und Betriebsunternehmern zu empfehlen. Diese Eingaben waren in der Regel von dem Gesuch begleitet, ein Exemplar der betreffenden Apparate hierher zur Verfügung stellen zu dürfen. Den Geschickstellern wurde hierauf erwidert, daß die Einführung von bewährten Schutzvorrichtungen im Interesse der Verhütung von Unfällen zwar zu den Aufgaben der auf Grund der Unfallversicherungsgesetze gebildeten Berufsgenossenschaften gehören, aber nicht unmittelbar von hier aus zu erfolgen habe. Es müsse deshalb den Erfunden von Schutzvorrichtungen überlassen bleiben, sich im Interesse der Verbreitung ihrer Erfindungen mit den Vorständen der betreffenden Berufsgenossenschaften in Verbindung zu setzen. Auch gutachtliche Atteste und Empfehlungen bezügs erfundener Schutzvorrichtungen auszustellen läge nicht im Bereich der Funktionen des R.-V.-A. Als diese Gesuche sich jedoch im weiteren Verlaufe zu mehren begannen, glaubte das R.-V.-A. im Interesse der den Berufsgenossenschaften hinsichtlich der Unfallverhütung auferlegten eben so schwierigen wie wichtigen Aufgaben zu handeln, wenn es dazu überging, durch Annahme und Sammlung der angebotenen Schutzvorrichtungen einen Mittelpunkt für den Austausch der Erfahrungen auf diesem Gebiete, eine Orientierungssquelle für die Mitglieder und Organe der Berufsgenossenschaften, insbesondere für die Beauftragten (Revisionsingenieure) zu schaffen — zumal auch aus anderen Anzeichen zu folgern war, daß eine solche nach Art einer ständigen Ausstellung gehaltene Sammlung, welche speziell und ausschließlich die Fragen der Unfallverhütung ins Auge fahrt und sich durch laufende Aufnahme aller neuen bemerkenswerthen einschlägigen Erfindungen ergänzt, bei der großen Anzahl der Unfälle in den versicherten Betrieben — im Jahre 1887 gelangten 113 594 Unfälle, darunter 17 142 entstehungsgefährliche, zur Annahme — einem in industriellen Kreisen überhaupt euripidenden Bedürfnisse entgegenkommen würde. Die Annahme, welche die Mitteilung von der Anlage einer solchen Sammlung bei den beteiligten Firmen fand, und die verhältnismäßig erhebliche Zahl der in kurzer Zeit für die Sammlung eingehandlten Gegenstände haben jene Annahme vollauf bestätigt. Aus den eingelaufenen Rückäußerungen geht hervor, daß die Entschließung, an der diesseitigen Centralstelle für die Ausführung der Unfallversicherungsgesetze, welche in beständiger Verbindung mit den berufsgenossenschaftlichen Kreisen steht, und an welcher sich auch ein lebhafter persönlicher Verkehr mit den Organen der Berufsgenossenschaften, mit Betriebsunternehmern und versicherten Personen vollzieht, eine Sammlung von Apparaten, Modellen &c. zur Förderung der Unfallverhütung zu begründen, mit großer Bevredigung aufgenommen worden ist. Indem das R.-V.-A. Vorstehendes den Vorständen zur gefälligen Kenntnahme bringt, bemerkt dasselbe ergebenst, daß der Termin der Eröffnung der Sammlung für den Besuch der beteiligten Kreise demnächst mitgetheilt werden wird.“

[Der Abgeordnete von Schorlemer-Alst] hatte bekanntlich im Abgeordnetenhaus die Deputation, welche dem Erzbischof D. Duder die bekannte Adress überreichte, wegen ihres ungemessenen Auftretens gesadelt, was von der polnischen Presse sehr über vernichtet wurde, um so mehr, als gerade jenes Mitglied der Centrumspartei sich großen Ansehens bei den Polen erfreut. Der „Gonec Welt“ forscht nun nach den Beweggründen, welche den Abgeordneten v. Schorlemer-Alst geleitet haben und richtet an die polnische Fraktion eine öffentliche Anfrage dahin, ob es wahr sei, daß zwei Mitglieder dieser Fraktion, welche das genannte Blatt namhaft macht (die Abgeordneten v. Balzowski und v. Koscielski), dem Abgeordneten v. Schorlemer-Alst für dessen Angriffe gegen die Deputation Informationen gegeben haben? Bei dem hohen Ansehen, welches die polnischen Abgeordneten bei den Polen genießen, ist der vom „Gonec“ in dieser Angelegenheit gethanen Schrift ein sehr auffälliger; das Blatt erklärt auch, daß es das Odium für diesen Schrift auf sich nehme: es werde sich nicht abhalten lassen, seine Pflicht zu erfüllen.

Leipzig, 15. Febr. [Bermächtnis.] Der Magistrat ist nunmehr

in der Lage, über das der Stadtgemeinde Leipzig zugefallene hochherzige Bermächtnis des jüngst hier verstorbenen Ehrenbürgers, Hofräths Dr. Petschke, der Bürgerschaft nähere Mittheilungen zu machen. Danach beträgt die Verlassensfeste nach Abzug mehrerer Legate &c. noch über 500000 Mark. Der Verstorbene hat in seinem Testamente bestimmt, daß von dem Nachlaß lediglich und ausschließlich hervorragende Kunstuwerke der Malerei und Plastik für das städtische Museum angekauft werden, und zwar soll darauf hingewirkt werden, daß das Museum neben Werken der Renaissance immer mehr und mehr einen vollständigen Überblick der Leistungen der im Gebiete der Malerei und Plastik seit etwa der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bis in die neuste Zeit hervorragendsten Künstler darbietet. In einem Codicil vom Jahre 1885 hat der Vereigte jene Bestimmungen noch näher erläutert und verfügt, daß der Stiftungsfonds hauptsächlich und zum größten Theil auf den Anfang hervorragender Gemälde und nur höchstens etwa zum fünften Theile zur Erwerbung plastischer Kunstwerke, guter Modelle, Gipsabgüsse oder Originalwerke in Marmor oder anderen Steinarten verwendet werden soll.

Halle a. S., 13. Febr. [Socialistenprozeß.] Der heute vor der III. Strafkammer des königlichen Landgerichts hier verhandelte Socialisten-Prozeß endete mit der Freisprechung der sechs Angeklagten. Die Anklage war erhoben gegen den Tischler Gustav Schmitt, Schuhmachermeister Wilhelm Biehl, Buchdrucker Albert Eichhorn, Buchhändler August Groß, Buchhändler Otto Mittag und Modeltschler Emil Müller wegen Vergehen gegen die §§ 128, 129 des R.-St.-G.-U. und die §§ 11, 12 und 19 des Socialistengeges (geheime Verbindung und Verbreitung socialistischer Schriften). Die Anklage ist hauptsächlich auf die Anzeige eines früheren Mitgliedes der sozialdemokratischen Partei, des Schriftschrifters Dietrich, hin erfolgt. Nach dessen in der Voruntersuchung abgegebenen Aussagen hätte von 1881—85 hier eine geheime Vereinigung der sozialdemokratischen Parteigenossen bestanden zu dem Zwecke, das Socialistenheft heimweise unbekannt zu machen und insbesondere verbotene sozialdemokratische Schriften unter den Parteigenossen zu verbreiten. Die Verbindung wäre derart organisiert gewesen, daß die Stadt Halle in drei Bezirke eingeteilt worden sei, während der Vorort Giebichenstein im vierten Bezirk gebildet habe. In der Spitze jedes Bezirks hätte ein Bezirksführer gestanden und über diesem als Haupt der Tischler Schmitt, Eichhorn hätte dem 3. und Groß dem Giebichensteiner Bezirk vorgestanden. Von Schmitt wären die verbotenen Schriften bezeugt worden, welche die Bezirksführer dann weiter verbreitet hätten. Mindestens einmal im Monat hätten die Bezirksführer Versammlungen zu veranstalten gehabt, in denen die Gelder für die Druckschriften eingezogen, resp. weiter abgeliefert worden seien. Die Angeklagten bestreiten die Angaben Dietrich's durchweg und hatten auch in der heutigen Verhandlung die Genugthuung, daß Dietrich, der als Zeuge vereidigt worden war, die Unhaltbarkeit seiner Aussagen zugeben mußte. Ihre ganze Thätigkeit habe sich ausschließlich auf Wahlangelegenheiten beschäftigt und die Öffentlichkeit nicht zu scheuen gehabt. Außer Dietrich wurden noch der frühere sozialdemokratische Schuhmacher Bloßfeld und der Criminal-Commissar Groß als Zeugen vernommen; auch ihre Aussagen boten nichts wesentlich Belastendes für die Angeklagten. Der Staatsanwalt nahm trocken Vergehen nach § 128 und beantragte gegen Schmitt 4 Monate, gegen Biehl, Eichhorn, Groß und Mittag je 3 Monate Gefängnis, für Müller Freisprechung; der Gerichtshof erkannte jedoch bei Allen auf Freisprechung. — Der Verhandlung wohnte in ihrem ganzen Verlaufe der frühere Reichsstaats- abgeordnete Liebknecht bei.

### Österreich-Ungarn.

X. Wien, 16. Febr. [Der deutsch-österreichische Allianzvertrag im österreichischen Herrenhause. — Besuchte Demonstrationen.] Auf der Tagesordnung der heutigen Herrenhausssitzung stand die vom Abgeordnetenhaus bereits angenommene Vorlage wegen Verlängerung des Handelsvertrags mit Deutschland. Gleichwie im Abgeordnetenhaus, wurde auch in der Pairskammer von deutsch-liberaler Seite der Antrag benutzt, um der vollen Zustimmung und Bevredigung der deutsch-öster. Bevölkerung zu dem Bündnisse der beiden Staaten Ausdruck zu geben. Kein Geringerer als Ritter v. Schmerling, der einstige deutsche Reichsminister unter dem Reichsverweser Erzherzog Johann, war es, der diese Aufgabe übernommen und in so fachvoller Weise durchgeführt hat, daß alle Parteien des Herrenhauses ihn wiederholt mit ihrem lautesten Beifall auszeichneten. Nachdem er die Verlängerung des be-

stehenden Handelsvertrages als einen neuen Beweis des guten Einvernehmens mit dem deutschen Reiche bezeichnet hatte, auf das in jeder Hinsicht der größte Werth zu legen sei, kam er auf den Allianzvertrag zu sprechen, welcher den durch die Kriegsgefahr bedrückten Gemüthern eine bedeutende Ermutigung und wieder die frohe Hoffnung gebracht hat, daß es gelingen werde, den Frieden zu erhalten. Wir bringen daher — führt R. v. Schmerling fort — freudigen Herzens unsere ehrfurchtsvolle Huldigung und unseren glühenden Dank dem Träger der Krone dar, der dieses Bündniß hochherzig geschlossen hat, hochherzig, weil er, trotz schmerzlicher Erinnerungen, doch gleich die dargebotene Hand zum Bunde ergriffen hat. (Lebhafte Beifall.) Der Redner erinnerte daran, daß schon in der Zeit, als Fürst Schwarzenberg die auswärtigen Angelegenheiten Österreichs leitete, die Wichtigkeit bestanden hat, daß Österreich mit seiner ganzen Macht dem deutschen Bunde beitrete. Diese Idee sei jetzt, wenn auch in anderer Weise, zum Ausdruck gelangt. Es sei nun dahin gekommen, daß Deutschland und Österreich sich selbstständig organisirt haben und seitdem kräftig dastehen und es sei daher gewiß eine höchst erfreuliche Erscheinung, daß man beiderseits bemüht war, zu freundlich-nachbarlichen Bemühungen zu kommen und daß es endlich gelungen, das Uebereinkommen zu schließen, welches nicht blos für den ungeschmälerten Bestand Österreichs, sondern auch für die Aufrechterhaltung des Friedens die größten Garantien bietet. Wenn man die Lage der Dinge betrachtet, so schloß der Redner seine Ausführungen, die Masse der Österreich und Deutschland zur Verfügung stehenden prächtigen Leute, sollte man denken, daß bei ruhiger Überlegung es Niemandem einfallen werde, einen dieser Staaten anzugreifen, der einen so mächtigen Alliierten zur Seite, und darin liegt vor allem eine Brüderlichkeit des Friedens. Angefangen der klagenwerthen Folgen, die selbst einen siegreichen Krieg mit sich bringt, müssen wir die Fortdauer des Friedens sehrlich wünschen. Aber leider zeigt die Geschichte, daß oft Leidenschaften mächtiger sind als ruhige Überlegung und so ist am Ende die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wir doch einen Krieg zu führen geneigt sein können. Aber dann, wenn der Ruf unseres Kaisers uns zu den Waffen ruft, dann werden alle Völker, ohne Rücksicht auf den Stamm, sich unter der schwarzen Fahne scharen (Beifall), die Österreich oft zum Siege, stets zum Sieg geführt hat. (Lebhafte Beifall.) Das neue Volksheer wird treu sein der Tradition der früheren Heere, Tapferkeit, Mut und Ausdauer wird auch das Volksheer beweisen und so dürfen wir uns froh der Hoffnung hingeben, daß, wenn es zum Kampfe kommt, die österreichische Armee neue Vorbeeren an ihre Fahnen heften wird und wir allesamt einstehen werden im Kampfe für das geliebte Vaterland und den ungetrübten Glanz der Kaiserkrone. (Stürmischer Beifall) das geloben wir feierlich. (Erneuter anhaltender Beifall.) — Diese alt-österreichisch-patriotische Kundgebung fand, wie schon angedeutet, nicht blos den Beifall der verfassungstreuen deutschliberalen Partei, welcher der Sprecher angehört, sondern auch den der Mitglieder der Mittelpartei und der Rechten. Allein genau so wie es im Abgeordnetenhaus der Fall gewesen, hielt es auch hier kein Mitglied der Majorität für angezeigt, irgend eine Ansicht über das deutsch-österreichische Bündniß kund zu geben und so endete die Diskussion mit der Rede Schmerling's. Dem Handelsvertrag mit Deutschland, sowie jenem mit Italien wurde die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt. — Weitaus lebhafter als im Herrenhause, wenn auch glücklicherweise nicht so lebhaft als man befürchtet hatte, ging es heute im Abgeordnetenhaus zu. Auf der Tagesordnung stand die erste Lesung des vom Unterrichtsminister eingebrachten Gesetzes über das Verhältnis der akademischen Behörden zu den studentischen Ver-

### Londoner Spaziergänge.

#### III.

Nun möchten wir am Ende unseres Spazierganges uns einmal eine Verhandlung vor dem Polizeigericht anhören. Sie ist es wirklich wert, schon der Unterschiede wegen, die gegen das Verfahren bei uns vielfach stark in die Augen springen. Das äußere Aussehen der meisten dieser Stätten der strafenden Gerechtigkeit ist nicht gerade glänzend; mit Ausnahme natürlich von Mansion House, wo der Lord-Mayor als Polizeirichter der City fast täglich Sitzung hält. Es ist merkwürdig (nach unseren Begriffen), daß so ein einfacher, von seinen Mitbürgern auf ein Jahr zu ihrem Oberhaupt gewählter „schlichter Mann“ die Sache anscheinend gleich gut und schnell erledigen kann, wie irgend ein gelehrter und gelernter Richter. Was den Strafgerichten — z. B. dem in Bow Street, einem der am häufigsten genannten, mit den meisten „interessanten“ Fällen — an äußerer Schönheit abgeht, das ist dagegen auf das neue Civilgerichtsgebäude, die New Law-Courts in Strand, in überreichem Maße gehäuft worden, welches unter den neueren Gebäuden Londons sicherlich eins der merkwürdigsten ist. Ein Eindruck drängt sich sofort auf: daß es eine Menge Geld kostet haben muß.

Betreten wir nun die von Außen so unfreundlich ausschenden Räume, z. B. des Polizeigerichts von Bow Street, so empfinden wir gleich, wie praktisch das Alles ist. Der Verhandlungssaal liegt ganz in der Mitte des nicht großen Gebäudes und empfängt sein Licht von oben. Auf allen vier Seiten münden Thüren in ihn, welche für den Richter und die Anwälte auf der einen, für die Angeklagten auf der anderen, für die Zeugen auf der dritten und endlich für das Publikum auf der vierten Seite ganz abgesonderte Ein- und Ausgänge bieten. Zunächst fällt uns beim Eintreten die Anklagebank ins Auge. Sie ist geradezu als der Hauptpunkt des Saales. Jeder erkenntlich und auffallend. Wir haben es in Deutschland ja auch mit der Einführung der Geschworenengericht gelernt, daß die Anklagebank so stehen muß, daß die Richter, das heißt die Geschworenen, dem Angeklagten voll und ganz ins Gesicht sehen sollen. Früher und jetzt noch vielfach bei anderen Strafverhandlungen erscheint die Anklagebank ganz bescheiden bei Seite gerückt, während der Richter sich das hervorragende und Allen sichtbare Ziel der Augen bietet. Das ist falsch; der vorstehende Richter mag für die Dauer seiner Thätigkeit der vornehmste Mann im Saale sein. Deshalb braucht er doch nicht an der hervorragendsten Stelle zu sitzen. Dahin gehört der Angeklagte; denn er ist der wichtigste Gegenstand im Saale, bei dem es sich wohl lohnt, Nichts unbeobachtet zu lassen. Deswegen errichtet der englische Baumeister in der Mitte des Saales, genau unter dem Oberlicht, eine Erhöhung, welche alle anderen im Saale überragt; und auf diese stellt er eine große, feste Bank mit eisernen Rück- und Seitenlehnen, auf der bequem 6—8 Mann Platz haben — und in der That, wir treffen es günstig, wir sehen auch ungefähr eine solche Zahl darauf. Und was wir hören, ist ein Roman, so wild und abenteuerlich, wie ihn nicht einmal Adolphe Belot erfinden kann. Es sind kräftige Gestalten, die fünf Männer auf der hohen, grell beleuchteten Bank, mit wilden Gesichtern und trockigen Mündern! Und welche fletsche Gestalt unter dem von 4 kleinen Säulen getragenen Baldachin, der den Zeugenstand überspannt? Es ist ein Mann zwischen 50—60

Jahren in gelb-brauner Kleidung; um seinen Arm ist ein breiter schwarzer Streifen gelegt, auf dem wir in weißen Buchstaben die Zahl 15 lesen. Es ist ein zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilter Sträfling, der hier gegen seine Geiseln, die Genossen der That, wegen deren er verurtheilt wurde, aussagen soll. Er hält offenbar mit der Sprache zurück, und nur zögernd gibt er den ihm befragenden Anwälten Antwort; er scheint sie auch jetzt noch nicht verraten zu wollen. Aber wer hat denn diese 5 Mitschuldigen der Polizei in die Hände geliefert? Der Mann da in der gelben Kleidung hat eine Tochter; und diese scheint ihren Vater zu lieben, wenn er auch ein Verbrecher ist. Sie hat um die Sache gewußt, wenigstens so viel, um wenigstens errathen zu können, wer Alles bei dem Plane betheiligt gewesen ist, den Besitzer eines großen Goldwarengeschäfts, gerade gegenüber einem der größten Bahnhöfe Londons, an hellem Tage niedergeschlagen und den Laden auszurauben. Denn dazu gehören Mehrere. Und ihr Vater ist nicht einmal der gewesen, der den Juwelier mit einem Todtschläger zu Boden gestreckt hat, daß der Arme heute noch siech ist, der Vater ist nur einer von den eleganten „Gentlemen“ gewesen, die sich im Laden, nachdem sie mit dem Juwelier allein waren, kostbarkeiten zur Ansicht hatten vorlegen lassen, worauf der eigentliche „Todtschläger“ erst hinzukam. Sie wurden aber doch durch das schnelle Zurückkommen des Gehilfen des Juweliers gestört, und bei der eiligen Flucht wurde nur Einer ergriffen — ihr Vater. Seitdem sind nun ein und ein halbes Jahr verflossen, und er blüht längst in penal servitude. Aber jetzt endlich ist es ihren unablässigen, die ganze Zeit hindurch, natürlich mit ausgedehntester Unterstützung der gesamten Londoner Polizei fortgesetzten Bemühungen gelungen, die fünf Mitschuldigen ihres Vaters ausfindig zu machen — und das sagen sie nun auf der Anklagebank vor dem Einzel-Polizei-Richter, der ihre Verweisung zunächst vor die große, die Anklage-Jury, auszusprechen hat. Die Aermste wird natürlich von der Hoffnung geleitet sein, daß, wenn es ihren Bemühungen und den Aussagen ihres Vaters gelingt, die fünf zu überführen, welche zum Theil ebenso, zum Theil in höherem Grade schuldig sind, als er, er ihr dann durch eine baldige Begnadigung zurückgegeben wird. Fünfzehn Jahre, wenn man zwischen 50 und 60 ist — das ist das Leben! Und doch antwortet er nur widerwillig, nach langem Besinnen auf jede der im Kreuzverhör gestellten Fragen und mit scheuen Blicken auf seine ehemaligen Genossen, die in guten Anzügen da vor ihm sitzen. Aber wer ist er denn? Nun, damals hieß er Dussaint und gab an, ein geborener Franzose zu sein, der aber seit 10 Jahren in London lebe. Das Einzige, was über sein Vorleben damals auffällig feststand, war, daß er vor länger als 10 Jahren in Italien wegen Diebstahls eines Diamantringes bestraft sei. Gelegenheit zu solchen Diebstählen findet man, wenn man nicht Bedienter ist, — und das war er damals nicht gewesen — gewöhnlich nur, wenn man in guter Gesellschaft verkehrt. Heute heißt er Delmonico und gilt für einen Italiener. Die drei Sprachen spricht er gleich gut; ich halte ihn seinem Aussehen nach aber doch für einen Engländer. Dieses breite, eckige, vorgeschoßene Kinn scheint mir zu echt, und die gelbe Gesichtsfarbe kommt auf Rechnung der fast 1½ jährigen „penal servitude“. Auch in Russland ist er gewesen.

Welche Ansicht scheint der Richter über die Schuld der fünf Angeklagten zu haben? Ja, darüber kann man bei einem englischen

wenn er seine Entscheidung ausspricht. Bis dahin hört er zu, und läßt die Anwälte fragen. Das sind die Herren, welche an seiner linken Seite sitzen; der Eine ist der Attorney-General, ein Anwalt, welcher die Anklage vertritt, und die Anderen sind die Vertheidiger. Abwechselnd richten sie ihre Fragen an den jedesmaligen Zeugen, der in dem zu Rechtens des Richters befindlichen Zeugenstand erscheint.

Einen nichts weniger als angenehm berührenden Eindruck macht der Schlufact der Berevidigung. Nachdem nämlich der Zeuge die von einem Unterbeamten (nicht dem Richter) vorgesprochene Eidesformel nachgesprochen hat, — küßt der zu Berevidigende eine ihm von dem Beamten hingehaltene Bibel, welche natürlich bereits von Tausenden vor ihm gefüßt worden ist. Eine unfreimäßige Kritik dieses Verfahrens gibt die ärmlich, aber sauber gekleidete Frau, welche jetzt den Zeugenstand betrifft. Sie zieht unmittelbar nach dem Kuss ihr Taschentuch, und wischt sich in energischer Weise den Mund ab, ehe sie Antwort gibt.

Inzwischen machen wir die Bekanntschaft unseres Nachbarn auf der Zuschauerbank. Es ist ein gut gekleideter junger Mann mit sanften, einnehmenden Gesichtszügen. Er hat gesehen, daß ich mir Notizen mache, und bittet mich flüstern um ein Stück Papier. Zu meinem Erstaunen sehe ich, daß er es, nachdem er es beschrieben, durch einen diensthügenden Polizeieman einem der Anwälte zugeschickt hat. War es für den Ankläger, oder für einen der Vertheidiger? Ich beginne mit ihm eine Unterhaltung; und als er mich als Deutschen erkennt, spricht er deutsch. Er ist aber Russ, wie ich erfahre. In welchem Verhältnis steht er zu der Sache? Unterhält er die Anklage, also die Tochter, oder einen der Angeklagten? Indes, diese Fragen könnte ich beantworten, wenn ich einen Roman schriebe. Da ich aber nur einfacher Spaziergänger bin, und nur wirklich Gesehenes und Gehörtes schildere, so bin ich dazu außer Stande.

Und was aus der Anklage geworden ist? Davor vielleicht später ein Mehreres, wenn der freundliche Leser noch Lust haben sollte, mich noch einmal zu begleiten.

C. T.

### Hygienisches aus Konstantinopel.

Über die hygienischen Beobachtungen, welche Herr Professor Dr. Hermann Cohn hier selbst bei einem neuntägigen Aufenthalt in Konstantinopel im October vorigen Jahres gemacht, berichtet der selbe in anregender Weise in Nr. 1 der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege.“ Wir entnehmen dem interessanten Artikel folgende Schilderung des Unterrichts in der Moschee Solimanieh und in den Medressch's (Schüler-Internaten):

Eines Morgens holte mich Herr Husni Bey, der Adjutant des Generals von der Golz Pasha, schon um 7 Uhr statt um 8 Uhr ab; er hatte sich erkundigt und erfahren, daß eine der interessantesten Vorlesungen schon Morgens von 7—9 Uhr in der Solimanieh stattfinde. Es war an jenem Morgen der Nebel so groß, daß wir, von Pera herabsteigend, auf der Galatabrücke von dem dicht vor uns liegenden Stambul, dem ehemaligen Theile Konstantinopels, auch nicht die Spur sahen; erst am Ende der Brücke tauchten einzelne Minarets aus dem Nebel auf. Nachdem wir auf dem entgegengesetzten Platze den dritten der sieben Hügel, auf denen Konstantinopel gebaut, erreichten, stießte sich der Nebel ein wenig und vor uns lag die wunderbare Solimanieh, jene berühmte Moschee, welche Sultan

einen. Die Tendenz dieses Gesetzes geht in der Hauptsache dahin, die studentischen Vereine, die bisher nach den für alle Vereine geltenden Bestimmungen zu behandeln sind und daher in letzter Instanz dem Ministerium des Innern unterstehen, der Überwachung durch die akademischen Behörden und damit in letzter Linie der Unterrichtsverwaltung zu unterordnen. Hiergegen ließe sich nun nicht viel Stichhaltiges einwenden. Leider enthält aber der Gesetzentwurf auch eine Reihe von Bestimmungen, durch welche den Studenten gewisse politische Rechte, die andere Staatsbürger nach dem Vereinsgesetz besitzen, genommen werden sollen. So sollen die akademischen Behörden resp. der Unterrichtsminister das Recht haben, den Studirenden, unbekümmert darum, ob sie volljährig sind oder nicht, die Theilnahme an Versammlungen Nichtstudirender oder Studirender anderer Universitäten zu untersagen, sie sollen also ein staatsbürgliches Recht verlieren, das dem Handlungsgehilfen wie dem Fabrikarbeiter zusteht. Auch diese Bestimmungen des Entwurfs, durch welche den Lehrkörpern der Universitäten gewissermaßen die Funktion eines Polizeiorgans gegenüber den studentischen Vereinen zugemutet werden, können von keinem Freunde des Hochschulwesens gebilligt werden. Wahr ist es allerdings, daß die deutsche Studentenschaft an unseren Hochschulen, namentlich an denen zu Wien und Graz, zu einem großen Theile nicht blos ausgesprochen antisemitischen, sondern auch deutsch-nationalen Tendenzen so extremen Natur huldigen, daß dieselben häufig genug in anti-dynastische und anti-österreichische Demonstrationen ausarten, die wohl keine Regierung irgend eines Staates ruhig dulden könnte. Solchen Ausschreitungen gegenüber, und namentlich der antisemitischen Propaganda, wie sie von Herrn von Schönerer und seinem Anhange unter der Studentenschaft betrieben wird, ließe sich wohl auch auf andere Weise wirksam begegnen, als durch ein Ausnahmegesetz, durch das Schuldbige wie Unschuldige gleich hart betroffen werden. Ich komme nun auf die heutige Sitzung zurück. Es hieß, daß der studentische Anhang der Antisemiten auf der Galerie Skandale provociren, den Unterrichtsminister ausspielen wolle. In der That war der Andrang antisemitischer Studenten zu den Galerien ein ungewöhnlich starker, und viele, die keine Karten mehr erhalten konnten, wurden von den gesinnungswandelnden Abgeordneten ohne Weiteres auf die Galerie geleitet. Indessen erwies sich die Beschriftung vor Ruhesäulen als eine unbegründete; die Sitzung verließ ungestört. Vielleicht hat die Mittheilung der Journale, daß das Präsidium entschlossen sei, bei der ersten Störung die Galerien räumen zu lassen, die Mäßigung der Schönererschen Leibgarde beigetragen. Die Debatte selbst wurde heute noch nicht zu Ende geführt. Als Erster sprach Abg. Dr. Pichler vom deutschen Club, der den Gesetzentwurf bekämpfte und namentlich davor warnte, zwischen Lehrer und Schüler den Samen des Misstrauens zu säen. Diesem Redner folgte der Jungzeche Blažej, ein Universitätsprofessor aus Prag, der sich gleichfalls gegen das Gesetz erklärte. Nun ergriff Unterrichtsminister v. Gautsch das Wort, um in einer formvollendeten und mit großer Spannung angehördten Rede seinen Gesetzentwurf zu verteidigen. Er verwies darauf, daß in jüngster Zeit im Vereinsleben der Universitäten Erscheinungen zu Tage getreten sind, die er als „nationale Verirrungen“ bezeichnen müsse. Er sage es nicht ohne patriotische Beklemmung und nur in Erfüllung einer schweren Pflicht daß in manchen dieser Vereine sich antioesterreiche Gesinnungen geltend machen; von jenen Bestrebungen wolle er gar nicht reden, die mit den Anforderungen, die man akademischen Vereinen stellen darf, im grellen Widerspruch stehen (hiermit meinte der Minister offenbar den Antisemitismus). Niemals werde er die akademische Freiheit antasten, allein er könne nicht zugeben, daß die akademische Freiheit in der Freiheit zu verwirken, zu verschleiern und aufzugeben zu werden bestünde. Er könne es nicht zugeben, daß man die akademische Jugend nach dem Worte des Dichters erst schuldig werden und dann der

Pein überläßt. Nach diesem sehr deutlichen Hieb auf Schönerer und Consorten verwies Herr von Gautsch auf die diesbezügliche Gesetzgebung in Preußen und namentlich in Sachsen, welche in mancher Beziehung weiter geht als der von ihm eingebrachte Gesetzentwurf. Man werfe ihm vor, daß er den deutschen Geist unserer Hochschulen bekämpfe. Womit wolle man dies beweisen, vielleicht damit, daß er stets bestrebt sei, für die deutschen Hochschulen Österreichs hervorragende Gelächter aus Deutschland zu gewinnen. Er erinnere an das Wort Dubois Reymond's, welches in einer berühmten Rede gesagt hat: „Die Universität dem Königlichen Palaste gegenüber war von jeher das geistige Leibregiment der Hohenzollern“. Das sei deutscher Geist, und solchen Geist ins gut Österreichische übersetzt, erwarte er auch von unseren Universitäten. Wer anders denkt, versündige sich an dem deutschen Geiste. Damit schloß der Minister. Der Beifall, den er fand, war schwach, trotzdem ja Vieles von dem, was er sagte, sehr wahr und Alles sehr gut vorgebracht war. Seine Absicht mag ja eine gute sein, das Mittel, das er angewendet wissen will, hat aber trotz aller seiner Verbesserungen, daß er die akademische Freiheit nicht antasten will, einen entschieden reactionären Charakter und bietet überdies nicht die geringste Gewähr, daß der von ihm angestrebte Zweck damit erreicht werden würde. Nach Herrn von Gautsch sprach der Antisemit Türk. Seine Ausführungen glichen mehr einer Capuziniade als einer parlamentarischen Rede. Anfangs erheiterten einige seiner antisemitischen Bocksprünge die Zuhörer, später langweilten sich sogar seine entzücktesten Anhänger auf den Galerien und er endete unter allgemeiner Theilnahmslosigkeit. Nur eine kleine Probe des von Türk entwickelten höheren Blödsinns: Er begann damit, daß er die Behauptung aussprach, es werde diesem Gesetz demnächst ein Gesetz, betreffend die Verbrennung und Folterung der Antisemiten, folgen, dann werde ein Gesetz kommen, durch das alle Juden in Österreich für höhere Wesen erklärt und statt des bürgerlichen Gesetzbuches der Talmud zum Gesetz erhoben werde. (Hier klatschten einige Antisemiten auf der Galerie, weshalb der Präsident mit der Räumung drohte.) In diesem Tone sprach Herr Türk ungefähr eine Stunde weiter, ohne daß er notorisch ein Wort über das Gesetz selbst vorbrachte. Den Unterrichtsminister erklärte er für geeignet, Chef der III. Abteilung in Russland zu sein, und er drohte ihm schließlich, daß ihn die allgemeine öffentliche Verachtung wegchwemmen werde. Für diese letztere Bemerkung erhielt er vom Präsidenten einen Ordnungsruf. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

[Aus der Rede des Abgeordneten Türk] wollen wir in Ergänzung unserer obigen Correspondenz noch einige Kraftstellen mittheilen:

Die deutsch-liberale Partei hat alles Recht verloren, sich in Zukunft deutsch und freiheitlich zu nennen. Der Unterrichtsminister will einfach die Endlösung der akademischen Freiheit und des akademischen Lebens. Die bekannte jüdisch-liberale Presse (Abg. Pattai rast: Psui Teufel!) ist in einem furor israeliticus für dieses Gesetz eingetreten. Ich frage Sie: Sind denn die Studenten einer Universität blos dazu da, um Medicin oder Jus zu studiren (Schallendes Gelächter im ganzen Hause) ... Wenn man den Studenten vorwerfe, daß sie Antisemiten seien, so müsse er gestehen, daß dies allerdings bezüglich der Mehrzahl, ja vielleicht sämtlicher deutschen Studenten zutrifft, aber können Sie denn auch etwas anderes sein, als antisemitisch, wenn sie national sein wollen? (Gelächter lins, lebhafte Zustimmung der Antisemiten.) Stehen uns ja doch die Juden weit ferner als alle anderen Nationalitäten in Österreich. Der Student muß aber auch antisemitisch sein, wenn er sieht, wie die Verjugung bei uns immer größere Fortschritte macht und selbst vor dem Professorencollegium der Universität nicht Halt macht. (Gelächter) Glauben Sie denn, daß es dem deutschen Studenten gleichgültig ist, wenn er mit Hunderten von galizischen und ungarischen Medicinern zusammen studieren muß? (Neuerliches Gelächter.) Muß es nicht das nationale Gefühl des deutschen Studenten auf Tiefe empören, wenn er in der deutschen Kneipe (Anhaltendes Gelächter) deutsche Lieder von einem mauschelnden Jüngling hört? (Höhnisches Gelächter im ganzen Hause.) Man wirft den Studenten

auch vor, daß sie antioesterreiche Gesinnungen haben. Das ist falsch. Die deutschen Studenten bringen wohl sie und da ein Hoch aus auf Bismarck und Molte und den deutschen Kaiser. Ist das ein Unrecht? Bei uns in Österreich finden sie eben nur lauter altersschwache und impotente Menschen, und daß sie diesen nicht zujuweln, darf Niemanden Wunder nehmen. Fürst Bismarck sagte unlängst: Wir fürchten Gott und sonst Niemand auf dieser Welt! — aber Herr von Gautsch will uns zumuthen, daß wir außer Gott noch viele Andere fürchten und vor Allem den kleinen österreichischen Unterrichtsminister. (Gelächter und Rufe: Genug!) Unser Unterrichtsminister läßt sich keine grauen Haare wegen uns Deutschen wachsen, und die grauen Haare, die er hat, sind ihm jedenfalls aus anderen Ursachen grau geworden. (Gelächter und lebhafte Ausrufe der Entrüstung im ganzen Hause. Rufe: Zur Sache! Große Unruhe.) — Präsident zum Redner: Sie haben über die allgemeinen Grundsätze der Vorlage zu sprechen und über nichts anderes. ... Was unser Unterrichtsminister betrifft, so wird die Geschichte über ihn ein anderes Urteil fallen, als unsere liberale Judentypen. Er wird versinken in einer Verfung (Lautes Gelächter im ganzen Hause) und er wird von der öffentlichen Verachtung und dem öffentlichen Unwillen hinweggeschwemmt werden.

## Frankreich.

Paris, 15. Februar. [Deutsche Besitzer des Ordens der Ehrenlegion.] Der „Gaulois“ gibt eine interessante Zusammenstellung der Deutschen, welche den Orden der Ehrenlegion besitzen. Unser Kaiser und unser Kronprinz ist mit dem Großkreuz dieses französischen Ordens geschmückt, ferner Fürst Bismarck, Feldmarschall Graf Moltke, Fürst Hohenlohe, Statthalter von Elsaß-Lothringen, General von Roon, ehemaliger Kriegsminister (der mit Verlaub des geschätzten Boulevardsblattes, das sich beklagt, daß man vielmehr Deutschen diesen Orden zuerkannt, als umgekehrt, unsere Regierung deutsche Orden den Franzosen zu Theil werden ließ, leider bereits gestorben) und der Hofmarschall Graf von Bülow. Dreizehn Deutsche sind Großoffiziere dieses Ordens und zwar: der General der Infanterie von Alvensleben, der Graf von Waldersee, Generalquartiermeister der Armee, der General von Löß, Commandant des 8. Corps in Coblenz, der General von Heuduck, Commandant des 15. Corps in Straßburg, der General v. Kameke, ehemaliger Kriegsminister (gleichfalls bereits dahingegangen), Herr von Radowicz, Voigtschaffter in Konstantinopel, General von Wartensleben, Commandant des 5. Corps in Berlin, der Generalpostmeister Stephan (wir sagen Unterstaatssekretär), von Wahner, bevollmächtigter Gesandter, General von Treskow, Commandant des 9. Corps in Altona, General von Golz, Geheimer Rath Philippi, Delbrück, ehemaliger Handelsminister. Von den 36 deutschen Commandeuren der Ehrenlegion hebt das Blatt den Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, den Chef der deutschen Marine von Caprivi, den Baron von Keudell, ehemaligen Votschaffter in Rom, und den Prinzen von Reuß, Votschaffter in Wien, ferner den General von Blumenthal, Commandant des 4. Corps in Magdeburg, und den bekannten Berliner Banquier Herrn Bleichröder hervor. Graf Herbert von Bismarck ist Offizier der Ehrenlegion, ebenso der General von Rauch, Professor Boltz, Doctor Lauer, Graf von Eulenburg, Doctor Herrmann, Maler Kraus, Major Villame, Militärrattache bei der Botschaft in Petersburg u. A. m. Der „Gaulois“ fügt hofstaatliche Weise hinzu, daß diese Orden an die Deutschen, die nicht gerade durch ihre Liebe für Frankreich bekannt seien, ohne ein Gesuch ihrerseits verliehen seien, um dem bösen Argwohn zu begegnen, als ob dieses Blatt diese Zusammenstellung nur in Hinsicht auf den morgen beginnenden Wilsonprozeß gemacht habe. Dieser Zusatz war ebenso unnötig, als tactlos und bedarf keines Commentars.

Soliman der Prächtige im Jahre 1550—1560 von dem Baumeister Sinan hat erbauen lassen.

In den Morgenstunden ist der Eintritt in die Moschee nur Professoren und Schülern gestattet. In der Begleitung des Adjutanten, Herrn Husni Bey, wurde ich jedoch eingelassen, natürlich erst, nachdem wir beide die Stiefeln abgelegt hatten.

Diese Moschee nennen die Türken „Freude und Glanz Stambuls“; sie ist der Agia Sofia, der berühmten von Justinian gebauten Basilika, genau nachgeahmt; ihre großartige Kuppel, 61 Meter über dem Fußboden und 32 Meter breit, ist sogar noch 5 Meter höher als die Kuppel der Sofia, worauf die Türken besonders stolz sind. Nur aus den Fenstern dieser hohen Kuppel kommt das Licht in das Mittelschiff dieser Moschee. An der Hinterwand über dem Mirab (der Gebetsnische) befinden sich allerdings noch acht große Fenster, die mit den schönsten, Blumen und Ornamente darstellenden Glasmalereien von Ibrahim Serhoš (dem Betrunkenen), einem seiner Zeit hochberühmten Glasmaler, geziert sind, die aber nur ein sehr gedämpftes Licht durchlassen.

Beim Eintritt in dieses wunderbare Gotteshaus fesselten mich, wie bei einem früheren Besuch, wiederum zunächst die vier riesigen Eckpfeiler, welche die hohe Kuppel tragen, die zwischen diesen Pfeilern befindlichen vier größten Säulen Konstantinopels, antike Säulen aus rotem Granit, die früher Kaiser-Statuen getragen hatten, die Kapitale und Wandmalereien aus Marmor, die herrlichen persischen Fayence-Platten zur Seite des Mirab, die reichen maurischen Verzierungen des Minber (Kanzel) und der Makturen (Balkons), die große Zahl von tief herabhängenden Kronleuchtern aus Bronze und Eisen, die in sonderbaren Kränzen sehr viele kleine Glühlampen, wie wir sie bei Illuminationen benützen, unterbrochen von Strauhornern oder Eisenbeißähnchen, tragen, — aber sehr bald wurde mein Interesse von allen diesen Herrlichkeiten, die in dem nebligen Morgendämmerlicht noch märchenhafter erschienen, abgelenkt durch ein Bild, welches überhaupt aus malerisch und eigenartig sich vor meinen Augen ausbreite und mir unvergänglich bleiben wird.

Auf dem Fußboden des herrlichen Mittelschiffes der Moschee saßen nämlich oder richtiger kauerten mit untergeschlagenen Beinen einundzwanzig Professoren, jeder auf einem hohen, oberbettartigen Sack, vor welchem ein schmales, kleines, nur  $\frac{1}{2}$  m hohes, mit Perlmutt ausgelegtes Tischchen mit einem Manuskripte lag. Diese einundzwanzig Lehrer waren einer vom andern etwa 8—10 m entfernt, und jeder von ihnen war umgeben von einem Kreise von ca. 15—20 Schülern, die in den merkwürdigsten Stellungen in ihren bunten Trachten auf der Erde hockten, knieten, kauerten, saßen oder lagen.

Aber am sonderbarsten erschien es mir, daß diese einundzwanzig Professoren alle zu gleicher Zeit in demselben Raum mit sehr lauter Stimme doctirten, gerade als ob jeder in einem Hörsaal allein mit seinen Zuhörern säße. Diese einundzwanzig Stimmen schallten in der großen Moschee ganz merkwürdig durcheinander. Wie mir Herr Husni Bey erklärte, trug der eine Docent Logik, der andere Arabisch, der dritte Persisch, der vierte Koran, der fünfte Jurisprudenz, der sechste Theologie u. s. w. vor. Kein Lehrer kümmerte sich um den anderen.

Die jeden Lehrer umgebenden Schüler lasen thells in Büchern, theils schrieben sie nach. Sie schrieben meist auf kleine Zettel, die sie

in der linken Hand hielten oder die sie auf das rechte Knie legten, nach. Manche lagen fast auf dem Bauche und hielten ihr gedrücktes Buch, in das sie Notizen machten, auf der Erde liegen. Kein Einziger hatte ein Tischchen vor sich; einzelne tauchten ihre Federn in eigenthümliche kleine Tintenfässer ein, welche an metallene Federbüchsen gelöst sind, die wie ein Dolch im Gürtel stecken.

Die Zuhörer befanden sich meist im Alter von 15—20 Jahren; die Mehrzahl waren Weiße, doch bemerkte ich auch einige Neger; alle waren mit Turban oder Fez bedeckt; sie schienen ihrer Kleidung nach nicht den reicheren Ständen anzugehören. Auch für die Zuhörer jedes Kreises schien nur ihr spezieller Lehrer vorhanden zu sein. Alle waren im ersten Moment erstaunt über uns Eindringlinge, horchten aber bald um so aufmerksamer auf die sehr lebendig und fast freischend vorgetragenen Lehren gerade ihres Professors.

Es fiel mir auf, daß trotz der bedeutenden Dunkelheit auf dem Fußboden der Moschee — ich taxirte die Beleuchtung auf höchstens 2—3 Meterkerzen — und trotz des Mangels eines jeden Subselliums keiner der Lehrer und keiner der Schüler ein Augenglas trug. Freilich stenographirte kein Student; sie machten nur ab und zu eine Notiz, meist in das gedruckte Buch, das sie in der Hand und in einer Entfernung von etwa 30 Centimeter vom Auge hielten.

Der Unterricht in der Solimanisch wurde um 9 Uhr geschlossen und die Schüler gingen nur in die Medressé. So bezeichnet man die Schüler-Internate, welche mit fast allen Moscheen verbunden sind und aus Wohlthätigkeitsfonds erhalten werden. Herr Husni Bey führte mich auf meine Bitte in eine der ältesten Medressés der Solimanisch, welche schon zur Zeit Solmans ganz in der Nähe der Moschee erbaut worden und noch heute von zahlreichen Studirenden bewohnt ist; sie heißt Dökmecihler Medressé. Im Inneren des Gebäudes ist ein sehr geräumiger Hof mit einem großen Brunnen, an dem sich jeder Schüler vor jeder Mahlzeit und vor jedem Gebet waschen muß. Es wäre wohl zu wünschen, daß bei uns die Schüler sich eben so häufig Gesicht, Hände und Füße waschen müßten, wie die Türken, denen dies der Prophet in seiner guten Hygiene streng vorgeschrieben hat.

Von dem Director der Medressé wurden wir sehr freundlich im Hofe empfangen und nicht eher in die Zimmer geführt, bevor wir nicht am Brunnen bereit mit Kaffee und Cigaretten bewirthet worden waren. Als der Adjutant dem Director mitgetheilt, daß ich ein Arzt aus Deutschland sei, wurde seine Höflichkeit noch größer.

Die Zimmer selbst entsprechen nun freilich in keiner Hinsicht den hygienischen Forderungen der Neuzeit; es sind kleine, niedrige, dumpfe, nicht sehr saubere Kämmerchen, die nur ein ganz kleines Fenster haben. In der Regel enthalten sie nur drei Divans, die zugleich die Betten sind für die Schüler, die sie bewohnen. Auf diesen Divans studiren und schreiben die jungen Leute liegend oder hockend. Schreibbücher existieren, wie es scheint, nicht; sie schreiben nur auf lose Zettel. Nirgends sieht man einen Schreibstisch oder einen Stuhl. Die Bücher sind in kleinen Schränchen über den Betten aufbewahrt.

Ich wurde, da ich meine Bewunderung über die ärmliche und wenig hygienische Einrichtung dieser Anstalt aussprach, in eine andere Medressé geführt, die Döschte-Missä hieß, wo ich ebenfalls zuerst gastfreudlich bewirthet wurde und dann auch kleine, etwas besser ein-

gefügliche Studienplätze und der Beleuchtung den früher gesesehenen ganz conform waren.

Es gibt in Konstantinopel etwa 300 solcher Medressés, in denen die Jüngste Jahre lang bleiben und sich zu den Prüfungen, speciell den theologischen, vorbereiten.

Ein ganz anderes Bild bot eine türkische Elementarschule, Daretah, welcher der Director Hadschi Ibrahim Effendi vorsteht. Sie liegt in einer etwas breiteren Straße Stambuls. Nach der üblichen Bewirthung mit Kaffee und Cigaretten wurde ich in die Klassenzimmer geführt.

Die Schule hat 250 Schüler, und zwar sind in jeder Klasse etwa 22, die im Alter und in der Größe außerordentlich differieren; man sieht an denselben Tischen ganz kleine Knäbchen und Leute mit gut entwickelten Schnurrbärtchen. Von einer Überfüllung der sehr geräumigen Zimmer war gar keine Rede. Alle Schulzimmer liegen im ersten und zweiten Stock, und zwar nicht nach der Straße zu, sondern ganz frei, ohne jedes vis-à-vis, da die Straße auf einem Berge liegt. Fast von jeder Klasse hat man die entzückende Aussicht nach dem dunkelblauen Marmarameer, den Prinzeninseln, den fernen Bergen Asiens.

Die Beleuchtung ist geradezu tödlich, da in jedem Zimmer viele und sehr hohe Fenster vorhanden. Die meisten Zimmer liegen nach Norden, und an den Fenstern, welche der Sonne ausgesetzt waren, existirten helle Rouleaux, die ganz in Ordnung waren, was man leider in europäischen Schulen oft nicht findet. Die Wände waren nicht gemalt, sondern ziemlich hell tapiziert. Sehr verständig war von der Direction, kein Klassenzimmer nach der Straße hin zu verlegen, so daß das Licht immer gut bleiben muß.

Alle Schüler behielten Fez oder Turban in den Stunden auf, erhoben sich aber, als wir eintraten, mit dem sinnigen türkischen Gruße, der darin besteht, daß die rechte Hand von unten nach dem Mund und dann nach der Stirn des Grüßenden geführt wird. Es soll dies symbolisch bedeuten: Ich fasse den Saum deines Gewandes, führe es zum Kuß an meine Lippen und denke an dich. Je höher gestellt der Grüßende ist, desto tiefer senkt man seine Hand, ehe man sie zu den Lippen führt; daher war der Gruß der Kinder besonders devot, zu dem Lippen führt; daher war der Gruß der Kinder besonders devot.

In den Zimmern gibt es Tische und Stühle, aber keine zusammenhängenden Subsellien. Die Stühle, ähnlich den kleinen Strohstühlen in den türkischen Cafés, haben keine Lehne, aber verschiedene hohe Querlangen für die Füße. Groß und Klein, oft  $\frac{1}{4}$  Meter an Körpergröße differirend, sitzen an denselben Stühlen und an denselben Tischen. Die Tische stehen in Hufeisenform um den Sitz des Lehrers herum, so daß einzelne Schüler das Licht von rechts, andere von links, andere von vorn bekommen. Der Tisch dient nur gelegentlich zum Auflegen des Lesebuches, niemals zum Schreiben. Auch die Elementarschüler schreiben auf der linken Hand oder auf dem rechten Knie. Geschrieben wird aber im Ganzen so selten, daß Director Hadschi erst Blätter zum Schreiben in den einzelnen Klassen herbeiholen mußte, wenn ich die Haltung beim Schreiben beobachten wollte. Schreibbücher existieren nicht. Die Schüler schrieben übrigens ziemlich rasch auf der Hand oder auf den Knien, sowohl türkisch als arabisch.

# Provinzial-Zeitung.

Breslau, 17. Februar.

Unsere Leser machen wir auf die morgen, Sonnabend, 18. Februar, Abends 8 Uhr, im großen Saale der Neuen Börse stattfindende Versammlung der deutschfreisinnigen Partei aufmerksam. Es wird in derselben der Landtagsabgeordnete für Breslau, Herr von Saucken-Julienfelde, zu seinen Wählern sprechen. Herr von Saucken war bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus verhindert, in Breslau zu erscheinen; um so willkommener wird er den freisinnigen Wählern jetzt als Redner sein, wo er über die jüngsten Vorgänge im Abgeordnetenhaus und über die Haltung der deutschfreisinnigen Partei gegenüber den dort seitens der Mehrheitsparteien beschlossenen reactionären Maßregeln berichten wird. Außer Herrn Abg. von Saucken werden noch die Abgeordneten Hugo Hermes und Stadtrichter a. D. Friedländer Ansprachen halten. Zu der Versammlung sind alle freisinnigen Bürger Breslaus eingeladen.

In einem Strafverfahren gegen einen Gewerbetreibenden, welcher in seiner Werkstatt jugendliche Arbeiter beschäftigt hatte, wegen Contravention gegen die Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken, hatte die Strafkammer den Angeklagten freigesprochen, nachdem sie festgestellt hatte: Angeklagter habe in seinem Betrieb keine Elementarkräfte, wie Dampf, Wasser, Gas benutzt, und im Ganzen 20 jugendliche Arbeiter beschäftigt, welche bei ihrem Mangel an Uebung und Geschicklichkeit kaum mehr als 10 tüchtige Arbeiter geleistet; es habe bei dem Gewerbetrieb mehr die Handarbeit als das mechanische Element vorgeherrscht; die einzelnen Erzeugnisse seien, ohne daß eine Theilung der Arbeit stattgefunden, durch eine und dieselbe Hand hergestellt worden; endlich habe auch der Angeklagte nur auf Bestellung im kleinen und nicht auf Vorrath im Großen gearbeitet. Mit Rücksicht auf die Gesamtheit dieser tatsächlichen Elemente gelangte der erste Richter zu der Schlussfolgerung, daß der Gewerbetrieb des Angeklagten ein fabrikmäßiger nicht gewesen sei. Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsgericht, IV. Straf., durch Urth. v. 13. Dec. 1887 verworfen, indem es, wie man uns mittheilt, begründend ausführte: „In dem Urth. des R.-G. v. 20. Juni 1884 (458/84; Rechtsprechung in Straf. B. 8 S. 625) ist ausgeführt, daß es in Ermangelung einer gesetzlichen Begriffsbestimmung dem Richter überlassen sei, unter Berücksichtigung der in der Wissenschaft aufgestellten Unterscheidungsmomente im Einzelfalle zu entscheiden, ob ein Fabrikbetrieb vorliege. Im Anschluß an diesen Satz ist auf die Zahl der Arbeiter als eines der in Betracht kommenden Momente hingewiesen worden, neben welchem jedoch als gleichwertig andere Momente, nämlich die Größe der ganzen Einrichtung, die Arbeitstheilung, die Art der Benutzung von Naturkräften, die mehr mechanische oder mehr künstlerische Mitwirkung des Menschen, sowie die Anfertigung der Erzeugnisse auf Bestellung oder auf Vorrath, hervorgehoben werden. Hieraus ergibt sich klar, daß der Richter keineswegs, sobald ein einzelnes jener tatsächlichen Elemente, also z. B. eine erhebliche Zahl von Arbeitern, vorhanden ist, rechtmäßig genöthigt wäre, einen „Fabrikbetrieb“ anzunehmen, sondern daß er die Gesamtheit der im Einzelfalle vorhandenen und fehlenden Unterscheidungsmomente gegen einander abzuwegen und unter Berücksichtigung aller concreten Umstände zu entscheiden hat, ob ein Fabrikbetrieb vorliege.“

\* Herr Oberlandesgerichts-Präsident von Kunowksi ist heute zur Schwurgerichtssitzung nach Brieg gereist.

-s Kammermusik. Sämtlichen am 7. Kammermusik-Ablende des Orchestervereins Beteiligten gebührt für ihre Leistungen vollste Anerkennung. Die erste Nummer des Programms, das a-moll-Quartett op. 132 von Beethoven, gelang den Herren Himmelstoss, Köhler, Trautmann und Melzer über Erwarten gut; nur im Molto Adagio (Heiliger Dankgesang eines Genesenen an die Gottheit) wäre eine schärfere Trennung der Verse des Chorals und ein vollständigeres Zurücktreten der jeweiligen Einleitungsnoten erwünscht gewesen. Gegen das Beethoven'sche Werk mußten natürlich die übrigen Piecen an künstlerischer Bedeutung ungewöhnlich zurücktreten; namentlich vermochte die unmittelbar darauf folgende Händel'sche Arie aus „Semele“, obwohl sie von Fräulein Anna Stephan ganz vorzüglich gesungen wurde, keinen nachhaltigen Eindruck hervorzubringen. Desto erwärmer wirkten nach dem Haydn'schen d-dur-Quartett drei Lieder („Wer nie sein Brot mit Thränen ab“ von Schubert, „Er ist gekommen“ von R. Franz und „Vergebliche Liebesmüh“ von Hiller), bei welchen die Sängerin sowohl durch den sonoren Wohlklang ihres Organs, wie durch ihre fein durchdachte Vortragsweise brillierte. Die Clavierbegleitung wurde von Fräulein Marie Stephan energisch und zugleich bieg- und schmeissig ausgeführt.

\*\* Im 10. Concert des Breslauer Orchestervereins wird Professor Dr. S. Jadassohn aus Leipzig seine vierte Serenade (F-dur, op. 73) dirigiren. Jadassohn, geb. 1831 in Breslau, trat Ostern 1848, nachdem er zuvor Unterricht von Adolf Hesse und Moritz Brosig in Breslau erhalten hatte, als Schüler in das Leipziger Conservatorium ein und genos von 1849 bis 1851 im Clavierspiel den Unterricht von Franz Liszt in Weimar. Unter Hauptmann's Leitung studirte er 1853 Contrapunkt. 1866 wurde Jadassohn Dirigent des Gesangvereins Pfalzerton, 1867 Capellmeister der Cetero-Concerte. Seit 1871 ist er als Lehrer der Theorie und der Composition am Königl. Conservatorium in Leipzig angestellt. 1887 wurde er bei Gelegenheit der Einweihung des neuen Conservatoriums von der philos. Facultät der Universität Leipzig zum Dr. honor. causa ernannt. Von seinen zahlreichen Compositionen sind bis jetzt 96 Werke durch den Druck veröffentlicht.

= Vom Stat des Landarmen-Verbandes der Provinz Schlesien pro 1. April 1888/89. Der Landarmen-Verband von Schlesien umfaßt in territorialer Beziehung die Provinz Schlesien mit Auschluß der einen eigenen Landarmen-Verband bildenden Stadt Breslau und deckt sich innerhalb nicht mit dem Provinzial-Verbande von Schlesien, meschall die Verwaltung desselben von letzterem getrennt geführt werden muß. Der für das Rechnungsjahr 1888/89 festgestellte Stat des Landarmen-Verbandes balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 867 700 M., und ist somit gegen den vorigen Stat um 51 500 Mark, gegen den vorletzten Stat jedoch um 94 400 Mark gewachsen, ein Zeichen, daß die Kosten der Landarmenpflege und des Corrigendienwesens fortlaufend im Steigen begriffen sind. Von den Ausgaben sind zunächst zu erwähnen die Zuschüsse, welche zur Deckung der eigenen Einnahmen der beiden Anstalten des Landarmen-Verbandes übersteigenden Ausgaben notwendig sind. Diese betragen für das Arbeits- und Landarmenhaus in Schweidnitz abhängig eines vom Staate für die Detention weiblicher Personen aus der Oberlausitz zu erstattenden Kostenbetrages von 400 M. noch 184 340 M., und für das Arbeitshaus in Tost 135 400 M. Die Kosten der Landarmenpflege sind auf 470 000 M. veranschlagt, davon 360 000 M. zu dauernden Unterstützungen an die außerhalb der Anstalten untergebrachten landarmen Personen, und 110 000 M. zu zeitweisen Unterstützungen und zu Gut-, Verpflegungs- und Beerdigungsosten Landarmer. Bemerkenswerth sind die Angaben im Stat über die Zunahme der außerhalb der beiden Verbandsanstalten dauernd unterstützten Landarmer: 1883 waren es 4901 Personen mit einem Kostenaufwande von 304 220 M., 1884 schon 5222 Personen mit 323 706 M., im Jahre 1885 5335 Personen mit 335 069 M., 1886 aber 5740 Personen mit 355 689 M., so daß die Anzahl der unterstützten Personen vom Jahre 1883 zu 1884 um 6,6 p.C., von 1884 zu 1885 um 2,2 p.C., von

1885 zu 1886 um 7,6 p.C. gestiegen ist, und die Gesamtkosten sich während der genannten Zeitabschritte um 6,4 p.C. bzw. 3,5 p.C. und 6,15 p.C. erhöht haben. Durchschnittlich hat eine Person während der genannten 4 Jahre 62 Mark jährlich gekostet. Zeitweise Unterstützungen, sowie Gut-, Verpflegungs- und Beerdigungsosten für Landarmer wurden verausgabt im Jahre 1883 für 2270 Personen 90 885 M., 1884 für 2475 Personen 90 299 M., 1885 für 2689 Personen 99 124 M. und 1886 für 2873 Personen 107 197 M. Es stieg daher ebenfalls die Anzahl der unterstützten Personen um resp. 9, 8,7 und 6,9 p.C., während sich die gezahlten Kosten von 1883 zu 1884 um nur 0,68 p.C. ermäßigt, im Übrigen aber um 9,8 p.C. und 8,14 p.C. erhöhten. — Nachdem meist der Stat 18 000 Mark Beihilfen an unvermögende Ortsarmen-Verbände zu den Kosten der Ortsarmenpflege nach. Auch diese Position hat eine stetige Steigerung erfahren, da 1883 an dergleichen Subventionen 13 694 M., pro 1884 14 182 M., im Jahre 1885 solche in Höhe von 14 422 M. und 1886 sogar 16 323 Mark genährt werden mußten. Ferner sind in den Stat eingestellt 20 000 M. an Zinsen für ein bei der Provinzial-Hilfskasse aufgenommenes Darlehen von 500 000 M. zu 4 p.C., welches durch die Neu- und Erweiterungsbauten beim Arbeitshaus in Tost notwendig geworden ist, 15 000 M. Entschädigung für Beförderung der Verwaltungsgeschäfte durch die Organe der Provinzialverwaltung, 600 M. Prozeß-rc. Gebühren, 9000 M. zu Pensionen und Unterstützungen und 2500 M. auf Wittwen- und Waisengelder. Zu den vorgenannten, insgesamt auf 855 000 M. sich belaufenden Ausgabeposten treten noch als einmalige Ausgabe die Kaufosten von 12 700 M. für die Erwerbung eines Grundstücks in Großwitz, welches zum Friedhof für das Arbeitshaus zu Schweidnitz eingerichtet werden soll. — Zur Deckung der Ausgaben ist der Landarmen-Verband nur auf folgend Einnahmen angewiesen: 3000 M. Jahresrente von der Oberlausitz als Aquivalent für die Theilnahme derselben an dem Vermögen des früheren Landarmen-Verbandes des Herzogthums Schlesien und der Grafschaft Glatz; 53 200 M. von dem Vermögen des Landarmen-Verbandes aufzunehmende Hypotheken- und Effecten-Zinsen; 2500 M. Wittwen- und Waisengeldbeiträge der Beamten des Landarmen-Verbandes und 300 M. andere Einnahmen, wie Rückerstattung von Euroosten rc. Zur Deckung der Ausgaben fehlen noch 796 000 M. Von dieser Summe sollen 750 000 M. (gegen früher 50 000 M. mehr) als Abgabe zur Ausschreibung auf die Kreise im Bereich des Landarmen-Verbandes gebracht, der weiter erforderliche Betrag von 46 000 M. aber aus dem Kapitalvermögen des Landarmen-Verbandes entnommen werden. — Das Mehrerforderniß des Stats ist im Wesentlichen durch die geringeren Einnahmen an Zinsen, sowie durch die höheren dauernden und zeitweisen Unterstützungen für landarme Personen hervorgerufen.

\* Der Mörder Alois Thiem wird, wie wir erfahren, morgen früh um 1/2 Uhr im Hofe des Central-Gefängnisses hingerichtet werden. Scharfrichter Krants soll bereits im Laufe des heutigen Tages behufs Vollstreckung der Execution hier eingetroffen sein. Gleichzeitig steht uns unser Berichterstatter mit, daß bei der Mutter des Delinquents eine Haussuchung stattgefunden habe, bei welcher aus einem Diebstahl herrührende Sachen von nicht unbedeutendem Werthe vorgefunden wurden. Dieser ist verhaftet, vorher aber zu einer leichten Unterredung mit ihrem Sohne nach dem Central-Gefängnis gebracht worden.

\* Besitzveränderung. In dem heut zu Krappitz anberaumt gewesenen Subbaustations-Termin hat Kreisdeputierter Herr von Hönicke auf Herzogswaldau das Rittergut Domrowka, Kreis Oppeln, für das Meistertor von 655 000 M. erstanden.

\*\* Besitzveränderungen. Am Oberschlesischen Bahnhof Nr. 8, Borsigstr., Verkäufer: Particulier Max Bartsch, Käufer: Hotelbesitzer und Hostellerant Moritz Knabe. — Gräbchenstraße Nr. 42, „Schweizerhof“, Verkäufer: Particulier B. Schmidt, Käufer: Particulier Paul Wagner. — Nicolaistraße Nr. 32, „Weißer Pelikan“, Verkäufer: Deliziatore Carl Schön, Käufer: Deliziatore Carl Denke. — Paulstraße Nr. 3, Verkäufer: Maurermeister Carl Fädel, Käufer: Leberkaufmann H. Nitschling. — Weißgerberberg Nr. 33, „Rother Voß“, Verkäufer: Kaufmann und Galanteriewarenhändler Joseph Jacob, Käufer: Kürschner und Lederzurichter J. Drechsler. — Martinistraße Nr. 4, Verkäufer: Baumanternchner Carl Linke, Käufer: Hauptagent Josef Bosel. — Charlottenstraße Nr. 4, Verkäufer: Körpersfabrikant A. Hoppe, Käufer: Schlossmeister Oskar Langer. — Hermannstraße (Neu-Meran) Nr. 19, Verkäufer: Maurermeister Robert Höglund, Käufer: Gastwirt Joseph Fabian. — Siebenhünerstraße Nr. 14, Verkäufer: Wendelsche Erben, Käufer: Vorstothändler Julius Riesel.

\*\* Die städtischen Chaussee- und Wegeaufsicht tragen von jetzt an Dienstmühen mit dem städtischen Wappen.

\* Feuer. In dem Nicolaistraße 75 gelegenen Fleischerladen entzündete sich das Benzin einer zum Wurstwärmern dienenden Lampe. Hausbewohner hatten schon vor Ankunft der Feuerwehr jede Gefahr beseitigt.

\*\* Von der Oder. Das Wasser der Oder ist in Ratibor nach einem heut eingetroffenen Wasserstands-Telegramme von 1,96 Meter bis auf 4,00 Meter gestiegen und ist noch im Steigen begriffen. Des Nachts war der Eisgang erfolgt. — Wegen der Eisversetzung im kalten Loche oberhalb Briesla zum Strauchwehr ist der Strom eisfrei. Die Schleusen-Canäle sind allerdings noch von Eis eingeschlossen. — Weiter abwärts liegt die Eisversetzung vom Strauchwehr bis an die Sand- und Dom-Insel noch fest. — Durch das Thauwetter ist das Eis sehr mürbe geworden und es haben sich daher am Wasserhebeband und der Ohle mündung offene Stellen gebildet. — Die Fähren für Personenbeförderung sind im Betriebe, dagegen sind die Überfähren für Fuhrwerk in Folge der zwischen den Buhnen lagernden Eismassen noch geschlossen. — Auf dem freien Strom zeigte sich heute Morgen in Folge der Nachtfröste frisches Treibis.

+ Versuchter Selbstmord. Der 17 Jahre alte Photographenlehrling Ernst N. von der Paradiesstraße entließ am 14. Februar seinem Lehrherrn, begab sich nach dem Weidendamm und stürzte sich, um sich das Leben zu nehmen, in die Oder. Das Wasser mochte ihm aber doch zu kalt gewesen sein, denn er stützte bald auf eine heranschwimmende Eisfläche, von der aus seine Rettung bewerkstelligt werden konnte.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden einem Fuhrwerksbesitzer aus Kleinowa, Kreis Polnisch-Wartenberg, von seinem Frachtwagen ein „F. M. 7696“ signiertes Collo Tuch im Werthe von 750 Mark und ein „H. & B. 424“ signiertes Collo Leinen- und Wollwaren, einem Brotfahrer von der Matthiasstraße aus seinem Wagen 10 Brote, einem Schneidermeister von der Antonienstraße einige Kleidungs- und Wäschestücke, der Frau eines Arbeiters von der Gellhornstraße aus unverhoffter Wohnung eine silberne Cylinderuhr mit der Fabriknummer 1222, einem Handelsmann von der Gräbchenstraße ein Töpf mit Gänselfett, einem Fräulein aus dem Döser Kreise ein Portemonnaie mit 17 Mark. — Gefunden wurden ein schwarzer Pelztragen, ein schwarzer Muff, ein Portemonnaie mit Geldinhalt. Vorstehende Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizeipräsidiums aufbewahrt.

h. Lanban, 15. Februar. [Niederschlagsverein. — Bauthäufigkeit.] In der vorgestern abgehaltenen General-Versammlung der hiesigen Section des Niederschlagsvereins wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren Pastor prim. Thutius und Kaufmann Neumann, wiedergewählt und dem Kästner für die Jahresrechnung, welche in Einnahme mit 195,40 Mark und in Ausgabe mit 147,18 Mark abschließt, Decharge ertheilt. Als Delegierte zu der in Landeshut stattfindenden diesjährigen General-Versammlung sämtlicher Sectionen des Niederschlagsvereins wurden die Herren Commerzienrat Burghardt und Kaufmann Neumann gewählt. Ferner wurde beschlossen, der Stadt 300 Mark behufs Errichtung einer Colonade beim Forsthause im städtischen Hochwald zur Verfügung zu stellen und einige Wegweiser im genannten Walde anbringen zu lassen. Die Zahl der Mitglieder der hiesigen Section bestimmt sich z. B. auf 60. — Allem Antheile nach wird die Bauthäufigkeit in unserer Stadt im bevorstehenden Sommer eine recht rege werden. Zum Neubau gelangen u. a. auch zwei Häuser am Markte, welche bis jetzt keine besondere Befürchtung derselben waren.

= Grünewald, 15. Februar. [Mißglückte Agitation für den Deutschen Bauernbund]. — Maskenball. — Stiftungsfest. — Theatral. Vor kaum 30 Personen hielt am Montag hier ein Wanderlehrer des „Deutschen Bauernbundes“ einen Vortrag über die Zwecke dieses Vereins und forderte zum Beitritt in den Bund auf. Sein Erfolg in dieser Beziehung war jedoch gleich Null. — Einen größeren Maskenball veranstaltete am Montag Abend hier der Männerturnverein. Mehr denn 100 Männer in theilweise höchst eleganten Costümen nahmen an demselben Theil. — Der hiesige Bienenzüchterverein feiert am 29. d. M. im Schützenhaussaale sein 15jähriges Stiftungsfest. — Mit einem gut gesellten Personal hat Herr Theaterdirektor Pöster einen Cyclus von Vorstellungen hier selbst eröffnet.

A Mittelwalde, 16. Februar. [Sparkasse.] In Folge Beschlusses der städtischen Behörden soll hier selbst eine städtische Sparkasse errichtet werden.

r. Schweidnitz, 16. Februar. [Communales. — Wohlthätigkeits-Vorstellung.] Die heutige Stadtverordneten-Sitzung beschäftigte sich zumst mit Staatsberatungen. Der Fortsetzung stellt einen Überschuss von 63 804 M. in Aussicht. Die Einnahmen sind auf 98 465 Mark berechnet. Das Staatsprojekt der Gasanstalt normirt den Überschuss auf 13 350 M., gegen 12 270 M. im laufenden Verwaltungsjahr. Projectiert sind für das Wasserhebewerk eine elektrische Verbindung des Wasserthurnes mit der Pumpstation, da die jetzt angewendete Fahne sich vielfach als unzureichend erwies. — Die hiesige freiwillige Feuerwehr feiert demnächst das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens. Auf Antrag bewilligte die Versammlung 500 Mark aus der Kämmerersfasse als Jubiläumsgefecht. — Hauptlehrer Werner in Schönbrunn veranstaltete am 14. d. M. eine musikalische Abendunterhaltung, bei welcher eine Einnahme von etwa 150 M. erzielt wurde, die zur künftigen Weihachtsbescherung für arme Schulkindern Verwendung finden soll.

\* Brieg, 15. Februar. [Paul Hoffmann †. — Unter Verband schlesiischer Brieftauben-Liebhaber-Vereine.] Heute früh gegen 1 Uhr verschied hier selbst plötzlich in Folge eines Schlaganfalls der Kaufmann Herr Paul Hoffmann. Der Verstorbene war durch seine Vorstellungen aus der Nibelungen-Trilogie, dem klassischen Alterthum, dargestellt in künstlerisch ausgeführten Tableaux mittels des stärksten Hydro-Drygasapparates, in weiten Kreisen rühmlich bekannt. Aus Dresdner und Italien selbst gingen ihm auf Grund seiner vorzüglichen Vorstellungen die ehrendsten Auszeichnungen zu. Wenn gleich auch seine Gesundheit in letzter Zeit angegriffen war, so gab er doch noch immer seine Vorstellungen, wie beispielsweise am Donnerstag und Freitag voriger Woche in Remarck. Gestern Abend war er noch in seinem Weingeschäfte thätig und legte sich nach 12 Uhr abendslos zur Nachtruhe, die für ihn zur ewigen Ruhe werden sollte. Der Verstorbene war in der hiesigen Bürgerschaft als Alteingesetzter und geschätzter, sein unerwarteter Gang findet überall die aufrichtigste Theilnahme. — Zu der am vorigen Sonntag Nachmittag in Groß' Bierthal bier selbst stattgefundenen Veranlagung lehrte Bildung eines Unterverbands schlesischer Brieftauben-Liebhaber-Vereine waren mehrere Mitglieder des Vorstandes vom General-Verein schlesischer Geistlützter, ferner Vertreter schlesischer Geistlützter-Vereine und zahlreiche Mitglieder des hiesigen Vereins „Bregia“ erschienen. Aus Breslau waren u. a. die Herren Freiherr von Bock, Conservator Tiemann und Rechtsanwalt Poppe anwesend. Die Gründung des Unterverbands wurde einstimmig beschlossen, der Verein „Bregia“ zum Vorsteher gewählt und der Statutenentwurf angenommen.

o Neustadt O.S., 14. Februar. [Verschiedenes.] Seitens des hiesigen Lehrverbandes ist eine Petition an den Reichs- und Landtag abgegeben, welche die Befreiung der Witwenfasse beantragt, in welcher um Aufhebung sämtlicher Beiträge zur Witwenfasse gebeten wird. — Am 11. d. M. feierte der hiesige Männerzugverein sein 42. Stiftungsfest durch einen Ball.

In der letzten Stadtverordnetensitzung erstaunte Herr Bürgermeister Engel Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten, sowie über die wichtigsten Abweichungen des neuen Stadthaushaltsets. Eine Erhöhung des bisherigen Communalsteuertarifes von 250 Prozent wird höchstens nicht erforderlich sein. Ebenso gelangte ein Schreiben des Herrn Ministers zur Kenntniß, in welchem sich derselbe bereit erklärt, das hiesige städtische Gymnasium am 1. April 1889 auf den Staat zu übernehmen. Das Weitere hierüber werde den städtischen Behörden vom Provinzial-Schulecoleum zu Breslau zugehen. — Am 30. April d. J. sind es 25 Jahre, seit der fürstbischöfliche Commissarius, geistl. Rath und Exarbeiter Herr Rippel, der hiesigen katholischen Kirchengemeinde als Pfarrer vorsteht. Es werden bereits Vorbereitungen getroffen, um eine würdige Feier dieses Tages herzuziehen. Dem Jubilar soll an seinem Ehrentage ein möglichst großes Capital übergeben werden, um die Verwirklichung seiner Lieblingsidee: die Erweiterung der Waisen- und Kleinkinder-Bewahranstalt „St. Annastift“, zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wird bei hiesigen katholischen Familien in nächster Zeit eine Sammlung veranstaltet.

a. Ratibor, 16. Februar. [Butterfälschung.] Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde die Butterhändler Latton aus Kreuzort von der hiesigen Strafkammer zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie in zwei Fällen Butter verkaufte, welche war äußerlich genießbar war, aber einen ranzigen Kern enthielt.

a. Ratibor, 17. Februar. [Sing-Akademie.] Gestern Abend veranstaltete die Singakademie unter Mitwirkung der vereinten hiesigen Militärmusikkapellen im Tivolihaus das zweite Concert, womit eine Gedächtnisfeier für Richard Wagner verbunden war. Außerdem Glanznummern des Meisters kam der Tannhäusermarsch und der Brautchor aus Lohengrin zum Vortrage. Es folgte sodann „Gedächtnisfeier für Richard Wagner“ für Ch

Telegraphischer Specialdienst  
der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

\* Berlin, 17. Februar. Der Reichstag entschied heute endgültig über das Schießfahrt der Socialistengesetz-Novelle. Wie bei den Verhandlungen bei der ersten und zweiten Lesung anzunehmen war, wurde die Vorlage nach den Anträgen der Commission angenommen, also das Socialistengesetz, wie es bisher bestand, einfach auf zwei Jahre verlängert. Die Majorität setzte sich aus den conservativen Parteien, den Nationalliberalen und einem Theil des schwach vertretenen Centrums zusammen. Die Debatte selbst konnte das Interesse nach den sensationellen Reden und Entblößungen bei der ersten Berathung nicht in außergewöhnlichem Maße fesseln. Als erster Redner erhob sich der Kriegsminister, um die Behauptungen des Abgeordneten Bebel über die Desertion des Anarchisten Haupt als unrichtig zu bezeichnen. Der Abg. Bebel mußte dies zugeben und erklärte, er hätte heute selbst eine Berichtigung geben wollen. Im Uebrigen verglich er in längerer Rede den Socialismus mit dem Christenthum, verwahrte ihn gegen irgend welche Beziehungen mit dem Anarchismus und wandte sich dann noch einmal in scharfer Weise gegen das System der Polizeispionage und der agents provocateurs, das durch das Socialistengesetz großgezogen würde und seinerseits den Anarchismus züchte. Herr von Puttkamer wandte sich namentlich gegen die letzten Ausführungen Bebels. Zum Schluß wandte sich der Herr Minister in persönlicher Weise gegen den Abg. Bamberger, dem er einen verleidenden Angriff gegen ihn und seine Beamten in der ersten Lesung vorwarf. Der betreffende Passus sei im Stenogramm geändert, eine Behauptung, die der Abgeordnete Bamberger auf das Entschiedenste bestreit. Der sächsische Bevollmächtigte, General-Staatsanwalt Held, erhob Einspruch gegen einige Bemerkungen Bebels gegen ihn persönlich und die Handhabung der Rechenschaftslese im Königreich Sachsen. Der nationalliberale Abgeordnete Döchelhäuser sprach als Industrieller und Arbeitsgeber sich für das Gesetz aus, das als Damm gewirkt habe. Eine Verschärfung sei nicht nothwendig, wohl aber sociale Organisationen zum Besten der Arbeiter. Der conservative Abgeordnete Kurz trat dagegen für die Verschärfungen ein, die er als nothwendig für die Umsatzagitatoren ansieht. Nachdem sich der Abg. Bamberger gegen die Angriffe des Ministers von Puttkamer verwahrte und seinen Standpunkt noch einmal präzisiert hatte, vertheidigte der conservative Abg. Gehlert seinen staatsocialistischen Standpunkt in allerlei kraulen Ausführungen, um dann die allerschärfsten Gewaltmaßregeln gegen die Socialdemokratie gut zu heissen. Als letzter Redner sah der Abg. Singer das Ergebnis der Berathungen als einen Sieg der Socialdemokratie zusammen, da wenigstens die Verschärfungen völlig ausgegeben seien. Die Socialdemokratie wolle nur auf friedlichem Wege durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Sieg gelangen. Die nächste Revolution werde nicht guillotinieren, sondern nur expropriieren. Nach wie vor würde die Socialdemokratie besonnen bleiben und sich nicht zu Ausschreitungen provozieren lassen. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wurde die Verlängerung des Socialistengesetzes angenommen und die Sitzung auf morgen verlegt, wo die Rechenschaftsberichte über die Ausdehnung des kleinen Belagerungszustandes auf Stettin und Offenbach und die weitere Staatsberathung den Reichstag beschäftigen werden.

40. Sitzung vom 17. Februar.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesrats Bronsart v. Schellendorff, v. Puttkamer, v. Bötticher und Commissarien. Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Socialistengesetzes.

Zur General-Discussion erhielt zunächst das Wort

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der Abg. Bebel hat bei der ersten Lesung dieses Gesetzes Bezug genommen auf Vorgänge, die innerhalb der Armee vorgekommen sein sollen. Ich bin auf Grund einzegosener Ermittlungen im Stande, den Beweis zu führen, daß die behaupteten Thatachen, die einem Truppenteil zur Unzucht gereichen würden, vollständig unrichtig sind. Herr Bebel behauptete, daß Haupt in Folge Ohrtreibens eines Unteroffiziers fahnenflüchtig gewesen ist. Haupt, welcher 1875 fahnenflüchtig wurde, hat niemals einen Unteroffizier geohrfeigt. Er hat von Bürgers aus einen Brief an seine Mutter geschrieben, der bei den Acten ist, in welchem er seine Flucht damit erklärt, daß er sich das „Schellenlaufen“ nicht gefallen lassen könne. Es sieht also eher so aus, als wenn er geohrfeigt worden ist. Wenn der Mann sich zur Untersuchung gestellt hätte, wäre vielleicht dafür Beweis zu erbringen gewesen. So haben die gerichtlichen Untersuchungen dafür keinen Anhalt ergeben. Ein schweres Vergehen gegen die Disciplin hat Haupt nicht begangen. Herr Bebel sagt weiter, Haupt habe sich an das Commando des 93. Inf.-Regts. gewendet und ihm sei mitgetheilt worden, daß mit Zahlung von 150 M. Strafe die Sache ausgesiegelt sei. Haupt hat sich allerdings an das 93. Regiment gewendet und daraufhin hat man ihm das Contumacialstrafeamt mitgetheilt, welches auf 150 M. Geldstrafe lautete. Aber damit ist die Sache nicht abgemacht, das weiß Jeder, der unsere Militärgerichtsbarkeit kennt. Durch das Contumacialverfahren ist die Wiederaufnahme des ordentlichen Verfahrens nicht ausgeschlossen, sobald sich der Beflagte unter der deutschen Gerichtsbarkeit befindet. Eine solche Bemerkung wird sich auch in der Mittheilung an Haupt befinden haben, wenigstens ich das nicht fest behaupten will, weil das Concept des Briefes an Haupt beim 93. Regiment nicht mehr vorhanden ist.

Abg. Bebel erklärt, daß er selbst schon seinen Irrthum eingesehen und die Abficht gehabt habe, denselben sofort heute zu berichtigen. Er sei durch die Fassung des Briefes allerdings zu der falschen Ansicht verleitet worden, daß Haupt wegen Ohrtreibens eines Unteroffiziers dejetiert sei und seine Strafe mit Geld abgemacht habe. Das Regiment Nr. 93 habe ihm aber geantwortet, daß er auch nach Zahlung der Strafe noch immer als Dejeteur behandelt werde. (Hört! hört! rechts.) Redner beschwert sich dann darüber, daß die Socialdemokratie noch immer keine Genugthuung dafür erhalten habe, daß man ihr die Attentäter Hödel und Robilant an die Rockschöße gehängt habe. Hödel sei vor der Socialdemokratie ausgestoßen und habe sich nachher in Berlin in christlich-socialen Versammlungen bewegt. Man suche der socialistischen Bewegung immer einen revolutionären Charakter anzudichten. Das sei nicht angängig. Die Geschichte aller socialen Bewegung zeige, daß sie sich immer in friedlicher Weise entwickelt habe. Die christliche Bewegung, die zwar jetzt eine rein kirchliche ist, war Anfangs eine sociale. Die Christen wurden von den Kaiser zuerst nicht als religiöse Secte, sondern als politische Partei verfolgt, bis die römischen Kaiser schließlich christlich wurden. Ob die Deutschen Kaiser socialistisch werden, weiß ich nicht. Aber die Socialdemokratie hat das Kaiserthum gezwungen, eine staatsocialistische Massse vorzubringen. (Urruhe rechts.) Vicepräsident Buhl ruft den Redner zur Ordnung. Die Regierung habe früher die socialistische Bewegung bemüht, um das oppositionelle Bürgerthum zu befähigen. Das hat man aufgegeben, seitdem die Bourgeoisie ihre Oppositionstellung aufgegeben hat. Der Socialismus ist ein Product unserer Cultur, der kapitalistischen Entwicklung unserer Bourgeoisie. Niemand darf diesen Factor des Socialismus aus seinen Berechnungen fortlassen. Die Massenführer und erkennen heute den sozialen Unterschied zwischen ihrer Lage und der der Capitalisten. Heute wissen die Massen auch, daß man socialistische Utopien nicht künstlich machen kann, daß man die socialistische Idee nicht mit Gewalt verwirklichen kann, sondern daß man die Entwicklung abwarten muß. Deshalb kann es uns auch gleichgültig sein, welcher Fürst regiert, ob Fürst Bismarck oder v. Bismarck ist. Der Socialismus kann allerdings nur durch eine Revolution eingeführt werden, aber

nicht jede revolutionäre Bewegung sei eine gewaltsame. Redner beruft sich auf Bluntschli, welcher ausgesetzt habe, daß eine Revolution vollständig auf dem Wege der Reform nicht erfolge, dann sammele sich der Krankheitstoff und führe schließlich zum gewaltsamen Ausbruch. Die Revolutionen werden von oben gemacht, wenn man Verfassungen umstürzt, Fürsten verjagt, wie im Jahre 1866. Revolutionen von unten sind 1789, 1830, 1848. Revolution von oben mit Hilfe von unten ist z. B. Befreiung des Bauernstandes von der Leibesgemeinschaft, und die ganze Steinische Gesetzgebung vom Anfang dieses Jahrhunderts. Die Liberalen haben sich immer mit ihrem Rechtsstaate gebrüstet und von ihren freiheitlichen Ideen gesprochen. Jetzt sind sie es, die die Ausnahmemaßregeln befürworten und genehmigen, trotzdem doch z. B. das Vereinsgesetz und das Preßgesetz kein Übermaß von Freiheit enthalten. Gegen alle Ausschreitungen hat die Polizei mächtige Waffen in der Hand. Niemand hat man es für nötig gehalten, den Arbeitern gegenüber Ausnahmegerüste zu machen. In Österreich, in Dänemark und Niemand an ein Ausnahmegerüste, trotz einer stark entwickelten Socialdemokratie, und in Belgien auch nicht, trotzdem es dort zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen ist, die man sogar in Deutschland als Motiv für die Verlängerung des Ausnahmegerüsts benutzt hat. In keinem anderen Lande hätte man eine solche Motivierung mit der nationalen Würde vereinbar gefunden. Frankreich, trotzdem es von der Commune schwer geschädigt worden ist, hat die Communarden vollständig amnestiert. Die Socialisten, denen man keine hochverrätherischen Handlungen nachweisen kann, werden unter das Ausnahmegerüst gestellt. Die Gewalthäthen in Irland hätten nur in Deutschland vorbekommen sein sollen, was wäre dann mit den Uebelthätern geschehen? Allerdings hat man ein Ausnahmegerüst in England erlassen, aber Gladstone tritt für die Irlander und ihre Rechte ein und seine Partei wählt dadurch von Tag zu Tag. Und was erstrebten die Irlander? Eine vollständige Beseitigung des Land-Lordismus und eine revolutionäre Befreiung, die von Irland bald nach England übergreifen wird. Die loyale Handhabung des Ausnahmegerüsts ist auch ein sehr verschiedener Begriff. Sie (rechts) haben eine ganz andere Meinung davon als wir, die wir gleichsam als Biustenrichter dabei eingesetzt sind. Und diese ungeheuren Ausgaben für die geheime Polizei und ihre Helferhelfer, zu deren Höhe die Resultate dieser Spionage in keinem Verhältniß stehen, ein Beweis dafür, daß man bei uns nichts Unrechtes entdecken konnte! Das solche Vorgänge, wie die Mittheilungen des Polizeihauptmanns Fischer an uns, auch in Deutschland vorkommen, beweisen die Vorgänge Antoin, Kojan, beweisen die Veröffentlichungen von beschlagnahmten Briefen, die auch mich und meinen Freund Liebknecht getroffen haben. Herr von Puttkamer brauchte also nicht solche sittliche Entrüstung zu entwickeln. Die bürgerlichen Behörden haben es abgelehnt, dem Polizeihauptmann Fischer einen Beweis zu ertheilen, erst auf bekannte Einwirkungen von Bern aus ist ein solcher erfolgt. Aber der Schweizer Bundesrat wird jetzt gegen die agents provocateurs energisch vorgehen. Die ganze Anarchisterei in der Schweiz wäre längst eingestopft, wenn nicht der Polizeihauptmann Schröder ihm neues Futter aus Polizeigeldern zugeführt hätte. Die Aktionstudie über die Täglichkeit des Herrn v. Ehrenberg haben nach seiner Flucht verschiedene Leuten zur Kenntnisnahme vorgelegen. Ich halte meine Mittheilungen daraus vollständig aufrecht. In dem Ausweisungsbesluß des Schweizer Bundesrates gegen v. Ehrenberg wird die Mahnglocke gerechtfertigt damit, daß er die Ideen der Anarchisten in seiner Heimat habe verwirklichen wollen. Ich habe nicht erfahren, daß gegen Ehrenberg militär- oder strafgerichtlich vorgegangen sei, obgleich man sonst gegen Offiziere, die einer oppositionellen Partei angehören, ehrengerichtlich eingeschritten sei. Das Ibring-Mahlom und Naporra in dem Posen Prozeß rehabilitirt seien, habe ich nirgends gesehen. Man kann auch kaum denken, daß das Posener Gericht sich gegen das Berliner Urteil aussprechen könnte. Von einem Rechtsanwalt wird mir ebenfalls mitgetheilt, daß in dem Urteil eine solche Aussetzung, wie sie Herr v. Puttkamer gehabt, nicht vorhanden ist. Auch die anderen Bemerkungen des Ministers über den Fall Ibring-Christensen und die Glaubwürdigkeit der dabei aufgetretenen Zeugen seien nicht richtig, denn die Anklage gegen Christensen war dem Richter bekannt, ebenso die Meinungslosigkeit des Zeugen Witkowski. Dem Ibring-Mahlom sind Majestätsbeleidigungen nachgewiesen, ohne daß ein Staatsanwalt gegen sie aufgetreten wäre. Wenn das die Stützen von Staat und Gesellschaft sind, dann gratuliere ich! Naporra hat in Posen unter Billigung seines Vorgelehrten social-revolutionäre Schriften verbreitet in einem unpolitischen Handwerkerverein. Naporra hat schworen, daß er bei einem Straftumult nicht einen Vergleich mit 1848 gemacht hat! Der Gerichtshof hat aus den Zeugenaussagen die Überzeugung gewinnen müssen, daß die Zeuerung doch gefallen sei, daß Naporra sich derselben aber nicht mehr entföhne. Keine Anklage wegen falschen Eides ebensoviel wie gegen Hofprediger Stöcker! Der preußische Polizeiinspektor Mar Trautner hat die Schrift von Stappni „Das unterirdische Rußland“, eine Verherrlichung der russischen Revolutionen und ein heiterer Angriff auf Russlands Regierung, übersehen. Das Buch wurde nachher verboten! Das Reichsgericht hat das Engagement des Zeugen Hörsch gestadelt. Der Rechtsanwalt Blum ist für seine Angriffe gegen den Polizeirath Rumpf verurtheilt worden, aber der moralisch Verurtheilte war Rumpf, der noch leben würde ohne den agent provocateur Hörsch. Redner weiß dann auf verschiedene andere Spiel hin, die in den letzten Seiten enttarnt seien, Friedemann, Elias, Schmidt aus Dresden u. s. w. Alle diese Dinge, die in der Schweiz vorgekommen sind, haben dort große Erbitterung hervorgerufen. Ohne das Socialistengesetz wären alle diese Dinge ganz unmöglich; je länger es bestand, desto weiter hat sich das Unwesen der Geheimpolizei ausgedehnt. Und wie gering sind die Resultate dieses Spionage-Systems? Nichts ist bekannt geworden, was dazu hätte beitragen können, das Gesetz zu begründen. Wenn nicht alle Parteien bereit gewesen wären, aus Haß gegen die Socialdemokratie das Gesetz zu verlängern, dann wäre das nicht geschehen. Lehnen Sie das Gesetz ab, welches Ihnen sonst noch zum Fluche werden wird.

Minister v. Puttkamer: Die philosophischen Auseinandersetzungen des Vorredners würden mich nicht veranlaßt haben, in die Debatte einzutreten. Er hat aber behauptet, daß seine Partei keine gewaltsamen Maßregeln wünsche, sondern habe, daß sich die Entwicklung von selbst vollziehen werde. Wenn aber die Entwicklung nicht freiwillig vor sich gehe, dann werde der parlamentarische Weg verlassen werden. Ich will noch wegen der agents provocateurs Eingesetzen. Herr von Ehrenberg hat niemals mit den preußischen Behörden in Verbindung gestanden. Herr Bebel wird Gelegenheit haben, als Belastungszeuge gegen diesen Herrn aufzutreten. Herr Bebel hat nur die Zeit des Hauses missbraucht, um Ehrenberg als Angestellten der Polizei darzustellen. Die Mittheilungen überhaupt, die der Herr Kriegsminister widerlegt hat, sind doch nur zu dem Zwecke gemacht, um eine Gemeinkainheit zwischen den Polizei und Militärbehörden nachzuweisen. Ich erkläre, die mir zugegangenen amtlichen Berichte ergeben ohne jeden Zweifel, daß niemals und in keinem Falle mit Wissen oder Geld der preußischen Polizeibehörde die „Freiheit“ in Zürich gedruckt worden ist. Richtig ist nur, daß Schröder die Exemplare der „Freiheit“, welche der preußischen Polizei zugegangen waren, entnommen hat. Zeuge für die Behauptung ist der Drucker der „Freiheit“ Bürer. Jeder, der mit diesem Blatt in Verbindung steht, ist von vornherein als ein durchaus unglaublich wütender Mann zu betrachten. Der Polizeihauptmann Fischer wird jetzt von seiner Behörde als ein wenig vertrauenswürdiges Subject behandelt. (Burk Bebel: „Subject? Das ist eine nette Art, von einem Beamten zu sprechen.“) Die Herren Singer und Bebel sind durch Herrn Fischer in den Stand gesetzt, in die Aktionstudie Einstieg zu nehmen. Es handelt sich lediglich um ein abgelöstes Spiel, erfunden, um die Täglichkeit der deutschen Polizei zu verdächtigen. Diese ganzen, angeblich in der Schweiz getriebenen Dinge fallen vollständig zusammen. (Burk links: „Das ist doch wirklich arg!“) Wir müssen zu dem traurigen Mittel greifen, gerade aus den Reihen der Parteiangehörigen des Vorredners Leute zu laufen, um zu erfahren, was da getrieben wird. Anders können wir die Überwachung der geheimen Umtriebe nicht bewerkstelligen. Wenn Sie wüssten, wie ich bestimmt werde aus den Reihen der Socialdemokratie um Beschäftigung in diesem Zweige, so würden Sie die Sache hier nicht so vielfach vorbringen. (Heiterkeit rechts.) In dem Verhalten der Socialdemokratie gegen die Berliner Polizeibeamten liegt Methode und Consequenz. Man will die Beamten durchaus verderben. Raum wird von hier der elatante Beweis geführt, daß die Beamten vollständig glaubwürdig sind, so kommt man mit neuem Material. So sehr ich von jedem Beamten die größte Opferwilligkeit verlange, so sehr erkenne ich es als meine heilige Pflicht an, wenn die Leute ihre Schuldigkeit gethan haben, dies zu bestätigen und mit aller Kraft für sie einzutreten. Deshalb habe ich auch eine Auszeichnung für diese Beamten beantragt, die weit über ihr Dienstalter hinausgeht. Das werde ich zu vertreten

wissen. (Beifall rechts.) Herr Bamberger hat darauf hingewiesen, daß er von mir in der schroffsten und heftigsten Weise angegriffen sei. Ich bedauere das sehr lebhaft, ich will einräumen, daß meine Sprache vielleicht etwas erregt gewesen ist. Ich glaube in der Rede Bamberger's vom 28. Januar sehr gehässige Insinuationen gegen die preußischen Behörden gefunden zu haben. Herr Bamberger hatte den Verdacht ausgesprochen, daß die Beamten, welche dem Schröder und Haupt ihre Instructionen gegeben hätten, auch die Dynamitliste nach Zürich befördert hätten. So weit war nicht einmal Herr Bebel gegangen. Darüber war ich dann in Erregung geraten. Wer befürchtet aber mein Erstaunen, als ich sehe, daß die Ausführungen des Herrn Bamberger im Stenogramm einen vollständig andern Inhalt erhalten haben. (Hört rechts.) Es liegt ein Widerspruch vor, dessen Auflösung ich dringend wünschen muß. Das Andern des Stenogramms ist gar keine Sünde (Burk Bamberger: „Ich habe nichts geändert!“), dann bitte ich den Präsidenten, feststellen zu lassen, ob das Stenogramm an dieser Stelle geändert ist oder nicht. Im Uebrigen bitte ich, die Vorlage unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung anzunehmen. (Beifall rechts.) Sächsischer Bevollmächtigter, Generalstaatsanwalt Held widerspricht der Behauptung Bebels, daß man in Sachsen die Ausweisungen mit einer wahren Lustlust vollzogen habe. Vielleicht hätte Herr Bebel eher Hamburg zum Vergleich heranziehen sollen, wo die Ausweisungen aus Leipzig schlossen sich meist an gerichtliche Bestrafungen wegen Theilnahme an tumulten und ähnlichen Dingen an. Die Verurtheilungen, welche den socialdemokratischen Behauptungen so oft entgegengestellt werden, kommen daher, daß die Socialdemokratie alles glauben, was für die Behörden ungünstig aussieht. Gegen die Gerichte habe er nicht, wie das meist fälschlich verstanden ist, den Vorwurf erhoben, daß sie zu milde urtheilen, sondern er habe nur eine Thatsache constatiren wollen für die Gesetzgebung. Als die Strafen für die Massenaffaire erhöht wurden, machte sich sofort ein Rückgang in diesen Straftaten bemerkbar. So glauben auch wir durch eine Verschärfung des Socialistengesetzes die Straffälle vermindern zu können. Denn in der Höhe der Strafen drückt sich der Ernst des Gesetzes aus und dieser Ernst ist in den niedrigen Strafen, die jetzt bestehen, nicht zu erkennen. Die Ausführungen des Bebels über den Charakter der Revolution hätten uns beruhigen können, aber wir wissen nicht, wie lange Herr Bebel noch Führer seiner Partei ist, und die Massen befinden sich noch nicht auf dem Standpunkt seiner Bildung, daß sie sich freiwillig aller Gewalthäthen enthalten. Die Verlängerung des Gesetzes um zwei Jahre ist nur ein Wechsel auf die Zukunft, aber ich hoffe, die statthaften Verhandlungen werden nicht fruchtlos gewesen sein.

Abg. Döchelhäuser (natl.): Ich will dem Wunsche meiner politischen Freunde entsprechen und als Arbeitgeber, als Industrieller über den Erfolg des Socialistengesetzes einige Bemerkungen machen. Herr Bamberger hat die Wirkung des Gesetzes ganz richtig schon einmal geschildert. Die Socialdemokratie kann damit nicht vernichtet werden, aber es ist ihr eine Mäßigung aufgezwungen worden, die vortheilhaft auf das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gewirkt hat. Ich kann diese Wirkung ungünstig aussehen. Gegen die Gerichte habe er nicht, wie das meist fälschlich verstanden ist, den Vorwurf erhoben, daß sie zu milde urtheilen, sondern er habe nur eine Thatsache constatiren wollen für die Gesetzgebung. Als die Strafen für die Massenaffaire erhöht wurden, machte sich sofort ein Rückgang in diesen Straftaten bemerkbar. So glauben auch wir durch eine Verschärfung des Socialistengesetzes die Straffälle vermindern zu können. Denn in der Höhe der Strafen drückt sich der Ernst des Gesetzes aus und dieser Ernst ist in den niedrigen Strafen, die jetzt bestehen, nicht zu erkennen. Die Ausführungen des Bebels über den Charakter der Revolution hätten uns beruhigen können, aber wir wissen nicht, wie lange Herr Bebel noch Führer seiner Partei ist, und die Massen befinden sich noch nicht auf dem Standpunkt seiner Bildung, daß sie sich freiwillig aller Gewalthäthen enthalten. Die Verlängerung des Gesetzes um zwei Jahre ist nur ein Wechsel auf die Zukunft, aber ich hoffe, die statthaften Verhandlungen werden nicht fruchtlos gewesen sein.

Abg. Döchelhäuser (natl.): Ich will dem Wunsche meiner politischen Freunde entsprechen und als Arbeitgeber, als Industrieller über den Erfolg des Socialistengesetzes einige Bemerkungen machen. Herr Bamberger hat die Wirkung des Gesetzes ganz richtig schon einmal geschildert. Die Socialdemokratie kann damit nicht vernichtet werden, aber es ist ihr eine Mäßigung aufgezwungen worden, die vortheilhaft auf das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gewirkt hat. Ich kann diese Wirkung ungünstig aussehen. Gegen die Gerichte habe er nicht, wie das meist fälschlich verstanden ist, den Vorwurf erhoben, daß sie zu milde urtheilen, sondern er habe nur eine Thatsache constatiren wollen für die Gesetzgebung. Als die Strafen für die Massenaffaire erhöht wurden, machte sich sofort ein Rückgang in diesen Straftaten bemerkbar. So glauben auch wir durch eine Verschärfung des Socialistengesetzes die Straffälle vermindern zu können. Denn in der Höhe der Strafen drückt sich der Ernst des Gesetzes aus und dieser Ernst ist in den niedrigen Strafen, die jetzt bestehen, nicht zu erkennen. Die Ausführungen des Bebels über den Charakter der Revolution hätten uns beruhigen können, aber wir wissen nicht, wie lange Herr Bebel noch Führer seiner Partei ist, und die Massen befinden sich noch nicht auf dem Standpunkt seiner Bildung, daß sie sich freiwillig aller Gewalthäthen enthalten. Die Verlängerung des Gesetzes um zwei Jahre ist nur ein Wechsel auf die Zukunft, aber ich hoffe, die statthaften Verhandlungen werden nicht fruchtlos gewesen sein.

Abg. Döchelhäuser (deutschcons.): Ich will dem Wunsche meiner politischen Freunde entsprechen und als Arbeitgeber, als Industrieller über den Erfolg des Socialistengesetzes einige Bemerkungen machen. Herr Bamberger hat die Wirkung des Gesetzes ganz richtig schon einmal geschildert. Die Socialdemokratie kann damit nicht vernichtet werden, aber es ist ihr eine Mäßigung aufgezwungen worden, die vortheilhaft auf das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gewirkt hat. Ich kann diese Wirkung ungünstig aussehen. Gegen die Gerichte habe er nicht, wie das meist fälschlich verstanden ist, den Vorwurf erhoben, daß sie zu milde urtheilen, sondern er habe nur eine Thatsache constatiren wollen für die Gesetzgebung. Als die Strafen für die Massenaffaire erhöht wurden, machte sich sofort ein Rückgang in diesen Straftaten bemerkbar. So glauben auch wir durch eine Verschärfung des Socialistengesetzes die Straffälle vermindern zu können. Denn in der Höhe der Strafen drückt sich der Ernst des Gesetzes aus und dieser Ernst ist in den niedrigen Strafen, die jetzt bestehen, nicht zu erkennen. Die Ausführungen des Bebels über den Charakter der Revolution hätten uns beruhigen können, aber wir wissen nicht, wie lange Herr Bebel noch Führer seiner Partei ist, und die Massen befinden sich noch nicht auf dem Standpunkt seiner Bildung, daß sie sich freiwillig aller Gewalthäthen enthalten. Die Verlängerung des Gesetzes um zwei Jahre ist nur ein Wechsel auf die Zukunft, aber ich hoffe, die statthaften Verhandlungen werden nicht fruchtlos gewesen sein.

Abg. Bamberger: Ich war sehr begierig, wie der Minister v. Puttkamer seine neuen heftigen Angriffe gegen mich — ich habe sie zweifellos genannt und halte diesen Ausdruck aufrecht — rechtfertigen würde. Er hat gesagt, daß er aus meiner Rede nicht entfernt directe Anklagen gegen ihn, sondern nur versteckte Insinuationen hätte geglückt herausnehmen zu können. Dieser Herr, der so empfindlich ist für das, was er durch die Ausschreitungen der Gründerperiode überwunden sind, denn die sozialen Missstände dieser Jahre haben das Uebel verschärft. Wir glauben, daß in den nächsten zwei Jahren der Gedanke erwogen werden kann, ob dann eine Abmilderung des Gesetzes erfolgen kann; denn an eine gänzliche Beseitigung kann man wohl nicht denken, wenn man sich die Zustände vor 1878 vergegenwärtigt. Die Verhandlung zeigt uns, daß es mit der mechanischen Repression allein nicht gethan ist. Es muß reformatorisch vorgegangen werden, wie dies seitens der Regierung geschieht. Wenn der Abgeordnete Bebel dabei von einer städtisch-socialistischen Massen gesprochen hat, so beweist das am besten, daß die Regierung auf dem richtigen Wege ist. Redner fordert die Arbeitgeber auf, auch ihrerseits die Socialreform zu unterstützen. Es handelt sich nicht bloß darum, auf dem humanitären Gebiet der Wohlthätigkeit für die Arbeiter einzutreten, sondern man müßte einen gemeinsamen Boden für die sozialpolitische Tätigkeit für Arbeiter und Arbeitgeber finden.

Abg. Kurz (deutschcons.): Ich will dem Wunsche meiner politischen Freunde entsprechen und als Arbeitgeber, als Industrieller über den Erfolg des Socialistengesetzes einige Bemerkungen machen. Herr B

berief, ich hätte nichts geändert, sondern der Seher, die Insinuation gemacht worden, ich hätte vielleicht den Seher bestochen. (Widerspruch rechts.) Es ist mir von einem Mitgliede der Rechten gesagt worden, er hätte diese Ausübung neben sich gehört. Diese Insinuation wärmt der Minister wieder auf, obgleich sie durch die Thatachen einfach widerlegt wird. Nun komme ich zur Sache selbst. Es ist ganz richtig, daß der negative Sach, dem ich ausgeprochen habe, hier abgemildert ist, daß statt „Urheber der Instruktionen“ steht: „die Herren Schröder und Haupt“. Aber es ist ja gar keine positive Behauptung, die ich gemacht habe. Ich habe damals erklärt, es sei mir fern, Herrn von Puttkamer oder einer hiesigen höheren Ministerial-Behörde den Gedanken zuschreiben, daß sie ihre Spione instrukt hätten zu agents provocateurs. Ich habe auch gar keine zweideutigen Worte gebraucht. (Redner verliest die betreffende Stelle seiner damaligen Rede.) In meiner langen parlamentarischen Thätigkeit ist mir nie so viel Böses — ich will kein anderes Wort gebrauchen — gesagt worden, als von Herrn v. Puttkamer zu einer Rede, in der ich von ihm persönlich auch nicht ein ungünstiges Wort gesagt habe. Ich soll die sociale Gesetzgebung persifliert haben. Ich habe diese Gesetzgebung ganz objectiv dargestellt. (Redner verliest die betreffende Stelle seiner Rede.) (Umrufe rechts.) Sie werden schweigen, wenn ich provocirt, mich vertheidige, wie Sie schweigen, wenn der Minister spricht. (Abg. v. Kardorff: „Ich denke nicht daran.“) Ich habe in meinen Ausführungen nicht den geringsten Anlaß zu dem Vorwurf gegeben, daß ich die Socialreform persifliert habe, ich habe vielmehr mit der allergrößten Rücksicht und Gerechtigkeit über die Sache gesprochen. Herr v. Puttkamer vergleicht mich weiter mit einem Mann, der dialektische Trampolinprünge macht, dann lächeln von den Tribünen abtritt und sich dem Beifall des Publikums empfiehlt. (Zustimmung rechts.) Ich entsinne mich, daß vor ungefähr einem Jahre, als Herr von Puttkamer sprach, einem Mitglied des Hauses auf dieser Seite ganz unwillkürlich ein Wort — ich will es nicht nennen — entprang, das noch etwas weniger schimpflich als das von Herrn von Puttkamer gegen mich gebraucht ist, aber wesentlich auf dasselbe hinauskommt. Dieses unwillkürlich dem Gehege der Jähne entfloheene Wort gab zu einem Ordnungsruß Anlaß, und ich bin fern davon, dagegen zu protestieren. Aber seine viel schlimmeren Ausführungen hat Herr von Puttkamer thun können und die Rechte hat dazu „sehr richtig“ gerufen. Ohne dem Leiter unserer Geschäfte auch nur den Schatten eines Vorwurfs zu machen, dessen Unparteilichkeit und Wohlwollen ich für meine Person gern anerkenne, muß ich sagen: „Es hat sich die Praxis ausgebildet, daß die Minister gegen die Parlamentsmitglieder mehr Licenz haben, als diese gegen die Minister“. Das ist die Auffassung, die sich der Gesamtheit bemächtigt hat mit Einschluß der Leitung der Geschäfte. Mit diesem zweiten Streich noch nicht zufrieden, nannte Herr von Puttkamer meine Ausführungen „feichte Phrasen“. Früher erfolgte wegen des Ausdrucks „hohle Phrasen“ der Ordnungsruß. Aber auch diese Bemerkung des Herrn von Puttkamer ging ungerüpft durch. Wessen Gedanken tiefer sind, die des Herrn von Puttkamer oder die meinigen, das können wir beide nicht entscheiden, aber ich hätte das Wort nicht gebraucht, weil ich den Ordnungsruß gefürchtet hätte. Alles dies soll nun von mir durch die einzige Nuance provocirt worden sein, daß die Dynamitliste als eine von den Instruktionsgewerben, statt von Schröder und Haupt herkommende bezeichnet sei. Der Minister hat mir sodann vorgeworfen, daß ich persönlich Anspielungen mache und Spuren in meinen Reden verstecke. Ich soll gesagt haben, daß er „vorschlage“. Ich habe das Wort in meiner Rede nicht entdeckt können. Dagegen hat der Minister selbst in seiner Erwiderung eine Verdächtigung meines privaten Charakters ausgesprochen und seine Bemerkung persönlich so zugespitzt, wie ich es mir einem Minister oder Mitgliede des Hauses gegenüber nie erlaubt würde. Der Minister meinte, ich würde von dem Vorwagen und Fleischen mehr verstecken als er selbst. Wer mich kennt, weiß, wie unbegründet und unberechtigt ein solcher Vorwurf ist. Wenn ich weltliche Interessen verfolge, würde ich etwas Anderes treiben können, als das brotose Metier eines Oppositionsmitgliedes des deutschen Reichstags. Ich war gezwungen, als ich in das Ausland kam, mir eine Stellung zu suchen, mich selbstständig zu machen. Ich war gezwungen, gegen meinen Geschmack — obwohl ich es nicht bereue, da ich darin unendlich viel gelernt habe — in die Geschäftswelt einzutreten. Aber ich wäre nicht 15 Jahre darin geblieben, wenn ich es mit gewissen Gentlemen zu thun gehabt hätte, wie Herr von Puttkamer meint. Ob ich gesagt habe, ich glaube nicht, daß die Instruktionsgewerbe die Dynamitliste befördert haben, oder ich glaube nicht, daß Schröder und Haupt sie befördert haben, das kommt auf eins hinaus. Correcturen mache ich wirklich nur in seltenen Fällen. Ich könnte Ihnen aber Beispiele von Correcturen anführen, die vom Büdner und Schraut haben seiner Zeit Biffern, die sie über Ausfuhr und Einfuhr aufgestellt hatten und nachher als falsch erkannten, im Stenogramm geändert. Ich halte das auch für keine Sünde und ebensowenig, wenn ein Sach, der etwas zugepeist ist, eine geringe Abschwächung erfährt. Das also ist die ganze Sünde, die mir zur Last fällt, und worauf Herr von Puttkamer seine Berechtigung dazu basirt, mich mit solchen erniedrigenden Angriffen zu überschütten. Herr v. Puttkamer erklärte, es würde ihn freuen, wenn er bedauern könnte, mir Unrecht gethan zu haben. Ich hoffe, er wird jetzt zugeben, daß er mir Unrecht gethan hat. (Widerspruch rechts.)

Präsident: Herr Bamberger hat in seiner Rede bemerkt, daß sich der Gebrauch hier eingebürgert habe, seitens der Geschäftsführung gegenüber den Mitgliedern des Hauses anders zu verfahren, als gegenüber den Mitgliedern des Bundesrathes. Ich will mit Bezug hierauf nur die eine Bemerkung machen, daß ich, sowie auch meine Collegen, uns stets verpflichtet halten werden, die Mitglieder des Bundesrathes eben so gut in Schuß zu nehmen, wie umgekehrt. Mein Herr Kollege, der bei jener Rede präsidiert hat, hat nicht geglaubt, daß damals eine Beleidigung vorgelegen habe, die Maßnahmen notthig gemacht habe, und dieser Auffassung kann ich mich auch nur anschließen.

Abg. Gehlert (Reichsp.) wendet sich namentlich gegen die früheren Ausflüsse Bambergers, der sich als hartgesottenen Manicheermann bekannt habe, als ein Gegner des Estat c'est moi. Die Monarchie habe nur da Bestand, wo sie socialistisch gewirkt habe. Das hätten die Hohenzollern stets gethan. Socialistisch sei die Beugung des märkischen Junkerthums, socialistisch die Bekämpfung des Particularismus und socialistisch die kaiserliche Botschaft. (Beifall rechts.) Zwischen dem Socialismus, den auch er, Redner, vertrete, und den Aufschauungen Bevels besteht eine tiefe Kluft, zwischen Bamberger und Bebel sei nur ein Unterschied in der Modalität. (Burk: „Socialistengesetz.“) Was nun das Gesetz selbst angeht, so könne er nur hervorheben, daß die Socialdemokraten den Staat und sein Recht nicht anerkennen. Sie würden dem Staat mit Gewalt gegenüberstehen, wenn sie die Macht hätten, deshalb dürfen sie sich nicht wundern, wenn der Staat von seinen Waffen Gebrauch macht gegenüber denjenigen, welche ihn angreifen. Man sollte der Regierung keine Waffe verweigern, die sie für diesen Kampf fordert. (Beifall rechts.)

Abg. Gehlert (Reichsp.) wendet sich namentlich gegen die früheren Ausflüsse Bambergers, der sich als hartgesottenen Manicheermann bekannt habe, als ein Gegner des Estat c'est moi. Die Monarchie habe nur da Bestand, wo sie socialistisch gewirkt habe. Das hätten die Hohenzollern stets gethan. Socialistisch sei die Beugung des märkischen Junkerthums, socialistisch die Bekämpfung des Particularismus und socialistisch die kaiserliche Botschaft. (Beifall rechts.) Zwischen dem Socialismus, den auch er, Redner, vertrete, und den Aufschauungen Bevels besteht eine tiefe Kluft, zwischen Bamberger und Bebel sei nur ein Unterschied in der Modalität. (Burk: „Socialistengesetz.“) Was nun das Gesetz selbst angeht, so könne er nur hervorheben, daß die Socialdemokraten den Staat und sein Recht nicht anerkennen. Sie würden dem Staat mit Gewalt gegenüberstehen, wenn sie die Macht hätten, deshalb dürfen sie sich nicht wundern, wenn der Staat von seinen Waffen Gebrauch macht gegenüber denjenigen, welche ihn angreifen. Man sollte der Regierung keine Waffe verweigern, die sie für diesen Kampf fordert. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soc.): Gewiß ist die Kaiserliche Botschaft socialistisch, aber die Socialdemokratie hat nach einem Ausspruch des Fürsten Bismarck die Parteien und die Regierungen zur Socialreform gewungen. Wir glauben aber, daß die Regierungen nicht weit genug auf dem Wege der Socialreform fortgeschritten, daß sie nicht Ansprüche genug an die bestehenden Klassen stellen. Das Socialistengesetz ist ein Ausfluss der Gewalt des Staates. Für dieses Voleumitthit sind wir dem Abgeordneten Gesetz dankbar. Die Socialdemokratie wird nicht Gewalt anwenden. Die socialistischen Ideen werden durchgeführt werden nach dem erfolgten Zusammenbruch der gegenwärtigen Verhältnisse. Die nächste Revolution wird nicht guillotiniert, sondern expropriert. Die Socialdemokratie muß sich im politischen Leben behaupten, sie muß die Wahlen benutzen, um nicht dem Vorwurfe zu verfallen, daß sie die parlamentarischen Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter verschämen. Die Socialisten werden bis zum letzten Mann kämpfen und werden es abwarten, ob man ihnen etwa die staatsbürglerlichen Rechte aberkennen will. Unter dem Vorwande, die socialdemokratischen Bestrebungen zu trennen, hat man die Arbeitervereine vernichtet. Wenn das nicht überall gelungen ist, so liegt das an dem gelundenen Sinn der Arbeiter, die ihre Interessen mit Umstift vertreten, ohne die gesetzlichen Schranken zu durchbrechen. Das Haupt ein Deserteur war, war der Polizei bekannt. Das hätte Wittrauen erwecken müssen. Herr v. Puttkamer hätte von Ehrenberg nicht bloß sagen sollen, daß er mit der preußischen Regierung keine geschäftlichen Beziehungen gehabt, sondern auch, daß solche Beziehungen mit anderen verbündeten Regierungen, z. B. mit der Elsaßischen, nicht bestanden haben. Schröder hat die „Freiheit“ drücken und in der letzten Zeit verbreiten lassen. Glaubt man, daß jemand zum Vergnügen dem Schröder, welcher in preußischem Solde steht, dazu Geld geben wird? Herr v. Puttkamer will von den Christen der agents provocateurs nichts wissen. Aber wenn es zum Prozeß kommt, dann sind die Aussagen dieser Leute das Entscheidende, dann berufen sich die Polizeibeamten auf die Aussagen durchaus zuverlässiger Leute. Das sich auch aus den sozialistischen Kreisen Leute als Spione anbieten, mag ja richtig sein, aber sollen diese

Leute zur Anstiftung von Verbrechen benutzt werden? Man legt den aus Berlin Ausgewiesenen, deren sociale Position eine bedrängte zu sein pflegt, nahe, ob sie nicht für gutes Geld ihre Kenntnis der Verhältnisse zu Mittheilungen an die Polizei benutzen wollten. Herr von Puttkamer hat die Schafe seines Zornes auf den Polizeihauptmann Fischer in Zürich ausgeschossen. Derselbe hat uns keine Einsicht in die Aktionen gestattet, sondern nur unsere Anfrage, zu welcher uns das Material von unseren Freunden gegeben wurde, beantwortet. Das berechtigt den Minister nicht, einen Beamten als ein unglaublich würtziges Subject zu bezeichnen. Wir werden abwarten, ob der Berner Bundesrat sich eine solche Behandlung seiner Beamten gefallen lassen wird. Ich frage den Minister, ob die bezeichneten Berliner Polizeibeamten mit Schröder und Haupt u. s. w. amtliche Beziehungen gehabt und ihnen Instruktionen gegeben haben? Persönlich hat Herr von Puttkamer wohl keine agents provocateurs angestellt. Wir behaupten aber, daß von ihm gebilligte System, für welches er Gelder bewilligt, ergende solche Dinge, sie reizen die Spione zur Erfüllung von Verbrechen. Nachdem Herr von Puttkamer diese Dinge erfahren, hatte er nicht mehr den Mut, die Vorlage zu vertheidigen, trotzdem bei der Willkürfreiheit der Mehrheit die Verhältnisse bei einem Nachdruck wohl hätten durchgesetzt werden können. Durch die Aufreizungen der Massen durch solche Gewaltmaßregeln werden Sie keine Putze erzielen, damit werden Sie sichern an dem befonnenen Sinn und der Intelligenz der Arbeiter. Die Verhandlungen in St. Gallen können nicht als Beweis gelten für den Zusammenhang der Socialdemokratie mit dem Anarchismus. Trotzdem das Ausnahmestück weitere zwei Jahre auf unsern Schultern lasten wird, sind wir sicher in dieser Verhandlung. Es ist ein Erfolg für uns, daß die vorgeschlagenen Verhältnisse ohne weitere Debatte abgelehnt worden sind. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldiscusion.

In der Specialdiscusion wird das Wort nicht mehr ergriffen.

Das Gesetz wird schließlich gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und der großen Mehrheit des Centrums angenommen.

Schluss 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Denkschriften bezüglich des kleinen Belagerungszustandes in Offenbach und Stettin, Etat.)

## L a n d t a g .

\* Berlin, 17. Februar. Bevor das Abgeordnetenhaus in die heutige Berathung eintrat, feierte es ein kleines Familienfest, nämlich den fünfundsechzigsten Geburtstag des Präsidenten von Kölle, dem die Abgeordneten aller Parteien ihre Glückwünsche darbrachten. Sein Vater schmückte ein prächtiges Bouquet aus Kamelien, Maiblumen und Blüten. Bei der Berathung des Gesetzenwurfs, betreffend die Regulirung der Stromverhältnisse der Weichsel und Nogat, waren die westpreußischen Abgeordneten aller Parteien zwar mit der Vorlage an sich sehr einverstanden, jedoch hielten sie die finanzielle Last von zehn Millionen, welche die Vorlage den Deichinteressenten auferlegt, für unerschwinglich. Der westpreußische Landesdirektor Dr. Wehr betonte namentlich die Verpflichtung des Staates, für den Durchfluß der großen Stroms nach dem Meere zu sorgen; auch die anderen Redner, die Abgeordneten Dunkelberg, Döring, Barowski und Steffens, schlossen sich diesen Ausführungen an. Letzterer betonte namentlich die Bedenken der Stadt Danzig gegegen das vorliegende Project. Minister Lucius gab zu, daß eine Einigung der widerstreitenden Interessen unmöglich sei. Die Entscheidung müsse die höchste technische Behörde, die Akademie des Bauwesens, fällen. In finanzieller Beziehung sei der Anschlag günstiger wie alle früheren. Ein großes Landeskultureresse würde durch die Vorlage gefördert. Der conservative Abgeordnete v. Puttkamer-Plauth stimmte dem Minister bei, während der freisinnige Abgeordnete Drawe eine Einigung dahin vorschlug, daß der Fiscus 13, die Interessenten 7 Millionen zu den Kosten beisteuern. Die Vorlage wurde einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen. Nachdem noch der Abg. Zelle an Stelle des Abg. Kloß zum Mitglied der Staatschulden-Commission gewählt und einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Sitzung geschlossen. Morgen wird das rheinische Justizgesetz und der Etat der Ansiedelungs-Commission zur Berathung kommen.

## A b g e o r d n e t e n h a u s . 20. Sitzung vom 17. Februar.

Am Ministerseite: Lucius, Maybach und Commissarien.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Eingegangen ist ein Antrag Berling und Genossen auf Annahme eines Gesetzenwurfs, betr. den Erlass der Relicthenbeiträge der Elementarlehrer. Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzenwurfs, betr. die Regulirung der Stromverhältnisse in der Weichsel und Nogat.

Die Vorlage bestimmt einen neuen Durchfluß nach dem Meere und neue Deich- und Schleusen-Anlagen. Die Kosten werden auf 20 Millionen Mark veranschlagt, wovon der Staat und die Interessenten je die Hälfte übernehmen sollen.

In der Debatte sprechen sich die Redner sämmtlich für die Vorlage aus. Seitens der Abg. Dr. Wehr, Döring und v. Puttkamer-Plauth wird die Höhe des von den Interessenten verlangten Zuflusses bemängelt, während die Abg. Steffens und Drawe (dr.) die speciellen Bedenken der Stadt Danzig gegen das neue Project näher darlegen. Für die Vorlage sprechen auch Dr. Dunkelberg (natlib.) und Borowski (Centrum).

Nachdem Minister Dr. Lucius auf die erhobenen Einwände erwidert und die Vorlage dem Wohlwollen des Hauses empfohlen hat, wird dieselbe einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

An Stelle des Abg. Kloß wird Abg. Zelle durch Acclamation zum Mitglied der Staatschulden-Commission gewählt.

Auf Antrag der Geschäftsförderungs-Commission erklärt das Haus die Mandate der Abg. Mithoff und v. Heydebrand durch ihre Ernennung zum ordentlichen Honorarprofessor in Göttingen bzw. zum Geh. Ober-Regierungsrath für nicht erlost.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluss 2 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Kleinere Vorlagen; Etat der Ansiedelungscommission).

## V o m K r o n p r i n z e n .

Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

\* Berlin, 17. Februar. Über das Beinden des Kronprinzen meldet die „Nat-Ztg.“ aus San Remo: Die neuralgischen Kopfschmerzen sind verschwunden, Atmung und Schlucken sind unbehindert. Die rechtsseitige Entzündung scheint abzuschwellen. Der Kronprinz darf nur schreiben, nicht sprechen. Seine Stimmung, welche seit der Operation gedrückt war, ist jetzt etwas gehoben.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 17. Februar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgendes Bulletin aus San Remo vom 17. Februar, Vormittags 10½ Uhr: Die Wunde beginnt zu heilen und zu vernarben. Nachts hatte der Kronprinz mehr Schläf, keine Kopfschmerzen, kein Fieber. Auswurf und Husten sind noch vorhanden.

San Remo, 17. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Das Beinden des Kronprinzen macht befriedigende Fortschritte. Mackenzie, Krause und Hovel beabsichtigen, heute Abend eine Untersuchung des Kehlkopfes vorzunehmen.

(Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

\* Berlin, 17. Februar. Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Plenarsitzung dem Gesetzenwurfe, betreffend die Anleihe für Zwecke des Reichsheeres, zugestimmt. Die amtliche Veröffentlichung steht daher unmittelbar bevor. Der Beschluß des Reichstags, betreffend die Verlängerung der Wahlperiode, stand zwar auf der gestrigen Tagesordnung des Bundesrates, doch wird derselbe erst in einer der nächsten Sitzungen darüber Beschluß fassen. An der Annahme des Gesetzenwurfs durch den Bundesrat ist nicht zu zweifeln.

\* Berlin, 17. Februar. Aus Rom wird ein Gericht signalisiert, demzufolge der Kronprinz Victor Emanuel im nächsten Frühjahr eine Reise nach Österreich und Deutschland antreten werde.

\* Berlin, 17. Februar. Aus Brüssel wird geschrieben: Die Regierung beschloß Angehörige der bedrohlichen Weltlage die Rüstungen mit größerer Energie zu betreiben. Am Montag wird ein Gesetz eingebrochen, welches der Regierung die nötigen Credits gewährt, sowie für die Maasbefestigung die notwendigen Expropriationen beschleunigt. Gleichzeitig werden alle Maßregeln getroffen, um den Antwerpener Platz in vollständigen Vertheidigungsstand zu setzen. Die hiesigen politischen Kreise hegen nur geringe Friedenszuversicht. Der neue deutsche Gelände, Baron Alvensleben, trifft hier früher ein, als ursprünglich in Aussicht genommen war.

\* Berlin, 17. Februar. Aus Paris wird gemeldet: Nachdem gestern die Kammer einen Antrag auf Abschaffung der General-Schäfmeister abgelehnt hatte, beantragte Soubeyran, daß ihre Beziehungen auf die Hälfte herabgesetzt und ihnen zu diesem Zwecke ihre Vorschüsse an den Staatschäfmeister zurückgezahlt werden. Tirard sprach sich entschieden gegen diesen Antrag aus, die Kammer nahm ihn aber trotzdem mit 292 gegen 237 Stimmen zur Überweisung an den Staatshaushaltsausschuss an. Tirard verließ sofort die Kammer, und das Gericht ging, er wolle noch denselben Abend zurücktreten. Dies bestätigt sich einstweilen nicht. Der stillschweigende Bund zwischen Radikalen und Monarchisten gegen das Ministerium besteht aber unverkennbar und kann auch heute anlässlich der Berathung über den regierungsseitig bekämpften Antrag Sansleroy zur Ausarbeitung neuer Bankfazetten zu regierungsfeindlichen Abstimmungen führen, als deren Folge eine Krise möglich ist. Derselbe Bund ist entschlossen, Flourens anzuziehen. Die äußerste Linke will über das, was sie die offizielle Candidatur eines Ministers nennt, interpelliren und die Rechte will einen Gesetzenwurf einbringen, der den Ministern verbietet, sich um ein Abgeordnetenmandat zu bewerben. (Vergl. weiter unten die Wolff'sche Depesche aus Paris. — Ned.)

\* Berlin, 17. Februar. Der Staatsanwalt Köcher in Magdeburg ist zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht zu Beuthen O.S. ernannt worden.

\* Brieg, 17. Februar. Der Cementgießer Hoffmann aus Breslau wurde wegen zweier vollendet und eines versuchten Mordes zum Tode und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

\* Wien, 17. Februar. Im Saale des Musikvereins fand heute eine imposante Kundgebung sämmtlicher liberalen Vereine Wiens gegen den Antrag Lichtenstein, betreffend die confessionelle Schule, statt. Gegen 2000 Personen waren anwesend. Einige antisemitische Ruhesprecher, die sich eingeschlichen, wurden gleich zu Beginn entfernt, worauf die Versammlung den programmähnlichen Verlauf nahm. Abg. Dr. Herbst, Sueß und Anderer hielten mit lebhaftem Beifall aufgenommene Reden. Eine vorgeschlagene Resolution, wonach der Antrag Lichtenstein als ein schwerer Angriff auf die Lebensinteressen des Staates bezeichnet wird, wurde unter allgemeinem Jubel einstimmig angenommen.

\* London, 17. Februar. Authentisch verlautet, die russischen Vorschläge in der bulgarischen Frage seien in Berlin bereits bekannt. Dieselben werden in den nächsten Tagen den Mächten offiziell mitgetheilt werden. Von einer gewaltigen Action Russlands gegen Bulgarien sei darin nicht die Rede.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 17. Februar. Der Kaiser wohnte gestern der Vorstellung im Opernhaus bei, empfing heute Vormittag den Oberhofmarschall Perponcher, später den Prinzen Salm-Horstmar, alsdann den Vice-Oberstabschäfmeister Perponcher. Um 12½ Uhr wurde die gestern eingetroffene Deputation des russischen Infanterie-Regiments Kaluga, die zur Beglückswünschung des Kaisers zum 70. Chefjubiläum des Regiments eingetroffen ist, vorgestellt. Morgen um 5 Uhr ist zu Ehren der Deputation Diner. Der Kaiser machte Nachmittags 2 Uhr eine Ausfahrt.

München, 17. Februar. Kammer. Bei dem indirekten Steuererat wünscht der Pfälzer Jäger eine Erhöhung des Tabakzolls auf 120 M. Der Finanzminister empfiehlt, sehr vorsichtig vorzugehen, um unglückliche Spekulationen

Berathung des Abreißberichts ein Amendment zur Adresse angekündigt, welches das Bedauern des Hauses darüber aussprechen soll, daß die ungerechten rückständigen Pachtgelder in Irland keine Ernährung gefunden hätten, und daß Blunt verhindert worden sei, Sympathie-Versammlungen in Woodford abzuhalten.

**Haag**, 17. Febr. Der König leidet seit einigen Tagen an heftigen neuralgischen Schmerzen, so daß er gezwungen ist, das Bett zu hüten. Die vergangene Nacht verlief indes leidlich ruhig, die Schmerzen waren weniger heftig. Der Zustand des Königs ist bisher nicht beunruhigend.

#### Wasserstands-Telegramme.

Natibor, 17. Febr, 12<sup>1/2</sup> Uhr Nachm. U.-P. 3,80 m. Letzte Nachricht

## Handels-Zeitung.

\* Wechselstempelsteuer. Im Monat Januar c. wurden im deutschen Reichspostgebiet einschliesslich Baiern und Würtemberg an Wechselstempelsteuer 599 058 M. vereinnahmt. Hieron entfallen auf die Oberpostdirectionsbezirke Breslau 12 993 Mark, Liegnitz 7452 Mark, Oppeln 4863 M., Posen 4153 M., Bromberg 2346 M. Vom 1. April 1887 ab bezieht sich die Einnahme auf 5 672 949 M., gegen 5 497 407 Mark in der entsprechenden Zeitperiode des Vorjahrs, und bei den vorgenannten Bezirken auf 132 724, bzw. 75 778, bzw. 48 549, bzw. 44 992, bzw. 23 763 Mark, gegen 143 965, bzw. 77 267, bzw. 47 255, bzw. 43 759, bzw. 27 082 Mark in dem nämlichen Zeitraum des Vorjahrs.

\* Magdeburger Rückversicherungs-Aktion-Gesellschaft. Magdeburg, 16. Februar. In einer heute abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsraths wurde vom Vorstande der Abschluss für das Jahr 1887 vorgelegt. Der Reingewinn berechnet sich danach auf M. 354 223,43. — Es wurde beschlossen, der auf den 6. März d. J. einzuberufenden General-Versammlung nach Ueberweisung von M. 100 000 an den Sparfond die Vertheilung einer Dividende von M. 45 für jede Aktie vorzuschlagen. Reserve- und Sparfond zusammen stellen sich hiernach auf M. 1 421 150,57. Die Dividende wird nach Festsetzung durch die General-Versammlung ausgezahlt werden.

β Russischer Eingangsoll für Baumwolle. Wie die „Nordische Telegraphen-Agentur“ aus Petersburg unter dem 15. cr. telegraphirt, hat sich die Mehrzahl der Mitglieder der Commission zur Abänderung des Eingangsolls auf Baumwollgespinste für Herabminderung des Zolls entschieden.

\* Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung findet am 5. März, Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Gesellschaftshauses zu Magdeburg statt. Näheres siehe Inserat.

#### Submissionen.

A-z. Verkauf von alten Schienen u. s. w. Bei der am 15. d. abgehaltenen Submission des hiesigen Eisenbahnbetriebsamtes Breslau-Sommerfeld zum Verkaufe alter Materialien waren verhältnissmässig wenig Offerten eingegangen, die Preise stellten sich jedoch zum Theil noch eine Kleinigkeit höher, als bei der gleichartigen Submission des Betriebsamtes Breslau-Halbstadt. Trotzdem ergiebt sich aus dem Resultate dieser Verkäufe, dass die Preise für Alteisen nicht annähernd die Steigerung zeigen, welche die des neuen Eisens erfahren haben. Der Grund dafür ist in der engen Fühlung zu suchen, welche die Hüttenwerke bezüglich des Einkaufs alten Eisens haben und sie sind bei dem stockenden Export in der Lage, die Preise ziemlich nach Gutdunken zu bestimmen. Wir lassen einige der Höchstgebote hier folgen, Preise pro 100 Klgr. für: 7446 Klgr. branchbare Eisen-schienen 4,71 Meter lang 7,07 M., 128 669 Klgr. Eisen-schienen Prof. VI, 6,59 Meter lang 6,73 M., 55 960 Klgr. dergl. 6,65 Meter lang 6,93 M., 43 745 Klgr. dergl. Enden 6,91 M., 23 569 Klgr. dergl. unter 2,82 Meter lang 6,93 M., 672 377 Klgr. Eisen-schienen Prof. VIII, 6,59 Meter lang, unbrauchbar 6,87 und 6,61 und 6,76 und 6,71 und 6,68 und 6,66 und 6,65 und 6,56 M., 24 851 Klgr. Stahl-schienen 6,59 Meter lang 5,92 M., 41 005 Klgr. Laschen 6,39 M., 105 000 Klgr. dergl. mit grossen Löchern 6,34 M., 13 000 Klgr. Stahl-Kreuzungsstücke 5,11 M.

#### Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

**Berlin**, 17. Febr. Neueste Handelsnachrichten. An der heutigen Productenbörse musste der Artikel Spiritus nicht unbedeutend im Preise nachgeben, da umfangreiche Executionsverkäufe für Rechnung von Bloch in Breslau ausgeführt wurden. — Die Berliner Hotel-Gesellschaft (Kaiserhof) vertheilt 3 pCt. Dividende. — Nach der „Königlichen Zeitung“ hat der Vorstand des Deutschen Walzwerkverbands eine Sitzung für Februar in Aussicht genommen, welche vermutlich eine Preiserhöhung von 2½ Mark per Tonne für die gemeinschaftlichen Gebiete der Verbände beschliessen wird. Die Preisstellung für die gemeinschaftlichen Gebiete hat zur Zeit der Hauptvorstand den einzelnen Gruppen überlassen. Nach Ausweis der Statistik betrug die Production in Rheinland-Westfalen einschliesslich Nassau und Siegerland an Puddel-, Bessemer-, Spiegel- und Thomas-Roheisen im Januar 122 000 T. gegen 123 400 T. im December. Die Vorräthe verminderten sich im Januar von 37 000 T. auf 34 000 T. Der Rohr-eisenmarkt ist nach wie vor sehr fest, und es werden in der Regel höhere Preise als die von der Convention festgesetzten erzielt. — Aus Petersburg meldet die „Voss. Ztg.“: Der Status der insolventen Firma C. Fehleisen stellt sich recht ungünstig. Die Activa werden auf drei Millionen Rubel, die Passiva auf fünf Millionen beziffert. Die Firma besorgte die Bankiergeschäfte für die hiesigen aristokratischen Kreise, in denen das Falliment grosse Erregung hervorruft. — Die angebliche Absicht des Finanzressorts, den Baumwollgarnzoll zu ermässigen, wird von verschiedenen competenten Seiten dementiert. Die Handelskreise sprechen sich gegen die Absicht des Finanzressorts, die Exportprämie auf Spiritus aufzuhaben, aus. — Ueber neue Verhandlungen, welche in der Angelegenheit der Errichtung einer Spiritusbank schweben, erfahren die „Berl. Pol. Nachr.“, dass für den 25. Februar eine Versammlung der Spiritusbrenner nach Berlin berufen ist, welcher jedoch am 21. Februar eine Besprechung der Spiritushändler voraufgehen soll, um eine Verständigung über das neue Project zu erzielen. Als Basis wird ein gemeinschaftliches Vorgehen der Brenner und Händler in Aussicht genommen. — Von der Stolberger Zinkhütten-Gesellschaft ist das bisherige Mitglied des Aufsichtsrathes, Justizrat Maass, als General-Director in Aussicht genommen.

**Berlin**, 17. Februar. Fondsboerse. Die heutige Börse zeigte eine ganz ungewöhnliche Geschäftsstille, wie sonst höchstens zu Zeiten des Hochsummers. Auf keinem Gebiete waren nennenswerthe Umsätze zu verzeichnen und die Course wiesen nur bei sehr wenigen Effecten nennenswerthe Schwankungen auf. Die Unsicherheit der politischen Verhältnisse und der Zustand des Kronprinzen sind die begreiflichen Gründe hierfür. Die Tendenz war zum Schluss schwach. Creditactien gingen um 5/8, Disconto-Commandit um 3/4, Deutsche Bank 7/8, Berliner Handelsgesellschaft 5/8 pCt. zurück. Deutsche Fonds waren fest, nur 4proc. Reichsanleihe verloren 0,30 pCt. Von ausländischen Fonds gewannen Italiener auf Pariser Käufe 3/8, dagegen verloren Ungarn und Egypter 1/8, Russische Werthe 1/4, ebenso Russische Noten, die 172 notierten. Auf dem Bahnemarkt sind fast durchweg Rückgänge zu verzeichnen, besonders stark für Ostpreussen und Marienburger. Von Montanwerthen schlossen Laurahütte zu 90% 1/8, Bochumer Gussstahl 1/4 Procent niedriger, Dortmund Union unverändert. Am Cassamarkt verloren Redenhütte Stamm-Prioritäten 1, Tarnowitzer 1 pCt. Von Indnstriepapieren waren besser Breslauer Bierbrauerei 2, Görlitzer Eisenbahn-Bedarf 0,40, niedriger Schles. Cement 0,75, Gruson 1,20 pCt.

**Berlin**, 17. Februar. Productenbörse. Auf die gestrigen Reichstagsverhandlungen über den Identitätsnachweis reagierte die Börse durch stilles Geschäft, doch feste Tendenz. — Weizen loco still, Termine ca. 1 M. höher, April-Mai 162—63 1/4—63, Mai-Juni 164 1/2—65 3/4—1/4, Juni-Juli 67—3/4—1/2. — Roggen loco mässig belebt, Termine 1/2 bis 3/4 Mark besser, April-Mai 120—3/4—1/2, Mai-Juni 122 1/4 bis 23 bis 22 3/4, Juni-Juli 124 1/4 bis 125 bis 124 3/4, Juli-August 126 3/4 bis 26 1/4. — Hafer loco fest, Termine etwas besser, April-Mai 113 1/2 bis 14 1/4, Mai-Juni 115 3/4—16 1/2, Juni-Juli 117 3/4—18 1/2. — Roggenmehl wenig verändert. — Mais geschäftslos. — Rüböl bei kaum veränderten Preisen äusserst still. — Petroleum ohne Umsatz. — Spiritus in effektiver Waare reichlich am Markte, notierte durchgängig niedriger. Termine standen unter dem Eindrucke der in Spanien geplanten neuen Zoll-

auslagen und in Folge von Realisationen für nothleidende Breslauer Rechnung. Versteuerte Terminwaare schloss 20 Pf. kontingent 40 bis 60 Pf., 70er 50 bis 30 Pf. niedriger als gestern. Versteuerte Spiritus ohne Fass loco 98,4 bis 99,3 Mark bezahlt; per April-Mai 98,8—98,7 M. bez., per Mai-Juni 99,5—99,3 M. bez. Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Fass 49,2—49 M. bez., per April-Mai 50,4—50,2 M. bez., per Mai-Juni 51—50,8 M. bez., per Juni-Juli 51,8—51,5 M. bez., per Juli-August 52,4—52,1 M. bez., per August-September 53—52,8 M. bez. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Fass 30,8—30,7 M. bez., per April-Mai 32—31,7 M. bez., per Mai-Juni 32,5—32,3 M. bez., per Juni-Juli 33,5—33,3 M. bez., per Juli-August 34—33,8 M. bez., per August-September 34,6—34,4 M. bez.

**Hamburg**, 17. Februar, 11 Uhr. (Anfangsbericht.) **Kaffee**. Good average Santos per März 64, per Mai 63, per September 59, per December 58. Ruhig.

**Hamburg**, 17. Februar, 3 Uhr 30 Min. (Schlussbericht.) **Kaffee**. Good average Santos per März 62 1/4, per Mai 62, per September 58, per December 56 1/4. Flau.

**Havre**, 17. Februar, 10 Uhr 30 Min. (Telegr. von Peimann, Ziegler und Co.) **Kaffee** good average Santos per Februar 76,50, per Mai 76,50, per August 73,50, per December 70,50. Schwach.

**Magdeburg**, 17. Februar. **Zuckerbörsen**. Termine per Februar 14,45 M. Br., 14,25 M. Gd., per März 14,35—14,40—14,35 M. bez. u. Gd., 14,375 M. Br., per April 14,60—14,575 M. bez. u. Br., 14,50 M. Gd., per April-Mai 14,725 M. Br., 14,70 M. bez., 14,65 M. Gd., per Mai-Juni 14,85 M. bez. u. Br., 14,80 M. Gd., per Juni-Juli 14,90 M. Br., 14,85 M. Gd., per Juli 15 M. Br., 14,90 Gd., per October-December 12,80 M.

**Paris**, 17. Febr. **Zuckerbörsen**. Rohzucker 88° fest, loco 36 bis 36,50, weisser Zucker fest, per Februar 39,80, per März 40,10, per Juni 40,60, per Mai-August 41,25.

**London**, 17. Februar. **Zuckerbörsen**. 96 proc. **Javazucker** 15 1/4, ruhig. Rüben-Rohzucker 14 1/4, fest.

**London**, 17. Febr. **Rübölzucker**. Bas. 88 per Februar eher Verkäufer zu 14,11/2 + 1/4 %, per März zu 14,3, per April zu 14,4 1/2 + 1/4 %, neue Ernte zu 13,1.

**Glasgow**, 17. Februar. **Roheisen**. 16. Febr. | 17. Febr. (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. | 39 Sh. 31/2 P. | 39 Sh. 4 P.

#### Börsen- und Handels-Depeschen.

**Berlin**, 17. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Schwach.

#### Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

| Cours vom 16.               | 17.    |
|-----------------------------|--------|
| Mainz-Ludwigshaf. 103 40    | 103 20 |
| Pr. 31 1/2 % St.-Schldsch   | 100 40 |
| Preuss. Pr.-Anl. de55       | 100 40 |
| Preuss. Pr. 40 % cons. Anl. | 107 —  |
| Gotthaldt-Bahn              | 101 60 |
| Pr. 31 1/2 % cons. Anl.     | 101 60 |
| Warschau-Wien               | 100 20 |
| Schl. 31 1/2 % Pfdb. L.A.   | 100 10 |
| Lübeck-Büchen               | 101 70 |
| Schles. Rentenbriefe        | 104 30 |
| Possener Pfandbriefe        | 102 80 |
| do. do.                     | 102 80 |
| do. do.                     | 99 60  |

#### Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

| Cours vom 16.              | 17.    |
|----------------------------|--------|
| Breslau-Warschau.. 52 80   | 52 80  |
| Ostpreuss. Südbahn. 109 80 | 109 90 |

#### Bank-Aktionen.

| Bresl. Discontobank. 90 40  | 90 10  |
|-----------------------------|--------|
| do. Wechslerbank. 97 20     | 97 10  |
| Deutsche Bank.... 164 50    | 163 50 |
| Disc.-Command. ult. 191 70  | 191 50 |
| Oest. Credit-Anstalt 139 50 | 139 20 |
| Schles. Bankverein. 108 10  | 108 50 |

#### Industrie-Gesellschaften.

| Brsl. Bierb. Wiesner 40     | 42 —   |
|-----------------------------|--------|
| do. Eisenb. Wagenb. 105 50  | 105 50 |
| do. verein. Oefl. 75 50     | 75 20  |
| Hofm. Waggonfabrik. 93 50   | 93 50  |
| Oppeln. Portl.-Cemt. 101 50 | 101 20 |
| Schlesischer Cement 175 50  | 174 70 |
| Bresl. Pferdebahn. 130 20   | 130 50 |
| Erdmannsd. Spinn. 66 60     | 66 40  |
| Kramsta Leinen-Ind. 120 —   | 119 90 |
| Schles. Fenerversich. —     | 1975 — |
| Bismarckhütte.... 130 50    | 130 —  |
| Donnersmarckhütte. 45 —     | 44 90  |
| Dortm. Union St.-Pr. 68 20  | 68 20  |
| Laurahütte..... 90 10       | 90 —   |
| do. 41 1/2 % Oblig. 103 —   | 102 90 |
| GörlEis.-Bd.(Lüders) 122 —  | 122 40 |
| Oberschl. Eisb.-Bed. 63 40  | 63 20  |
| Schl. Zinkh. St.-Act. 134 — | 133 70 |
| do. St.-Pr.-A. 135 —        | 135 —  |
| Bochum.Gussstahl. 136 50    | 136 50 |
| Tarnowitz Act... 27 50      | 26 50  |
| do. St.-Pr. 64 75           | 65 —   |
| Redenhütte Act.... —        | —      |
| do. Oblig... 104 70         | —      |

#### Inländische Fonds.

| D. Reichs-Aul. 40 %      | 107 50 | 107 30 |
|--------------------------|--------|--------|
| do. do. 31 1/2 %         | 101 20 | 101 20 |
| Wien 100 Fl.             | 8 T.   | 160 85 |
| do. 100 Fl.              | 2 M.   | 159 95 |
| Warschau 100 SR          | 8 T.   | 172 20 |
| Privat-Discont 11 1/4 %. |        |        |

Berlin, 17. Februar, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Sehr schwach.

Cours vom 16. | 17.

Oesterr. Credit-ult. 139 62

139 12 | Mainz-Ludwigsh. ult. 103 25

103 12 | Disc.-Command. ult. 192 —

191 25 | Drtm.UnionSt.Pr.ult. 67 87

67 87 | Berl.Handelsges. ult. 153 37

152 75 | Laurahütte.... ult. 90 50

90 37 | Franzosen.... ult. 87 12

## Deutsch-freisinnige Partei-Versammlung.

Sonnabend, 18. Februar 1888, Abends 8 Uhr  
im großen Saale der neuen Börse.

Tagesordnung:

1) Rechenschaftsbericht des Landtags-Abgeordneten für Breslau Herrn v. Saucken-Julienfelde.

2) Antrachten der Abgeordneten

Hugo Hermes und

Stadtrichter a. D. Friedländer.

Eingeladen sind sämtliche freisinnigen Bürger Breslaus.

## Der Vorstand des Wahlvereins der deutsch-freisinnigen Partei.

Gemälde-Ausstellung Lichtenberg, Museum.

Nur noch kurze Zeit.

Hans Makart Colossal-Gemälde „Der Frühling“.

Gabriel Max „Es ist vollbracht“.

Collection hervorragender Werke namhafter Meister.

Geöffnet Wochent. v. 10—4 Uhr.

Entrée 50 Pf. Abonn. 4 u. 3 M.

Bertha Neustetel,  
Adolph Herschel,

Verlobte.

London,

Paris,

den 12. Februar 1888.

[3095]

### Statt jeder besonderen Meldung.

Durch die Geburt eines gesunden Mädchens wurden hoherfreut

Richard Baum und Frau Helene, geborene Priesemuth.

Breslau, 17. Februar 1888.

Donnerstag, den 16. d., verschied nach langem schweren Leiden unsere inniggeliebte Tochter, Schwester, Enkelin und Nichte

Minna Ehrlich im blühenden Alter von 20 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

### Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Mittags verschied plötzlich und unerwartet unser inniggeliebster Gatte, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann

Pincus Bloch,

im Alter von 47 Jahren.

Es bitten um stille Theilnahme

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Breslau, den 17. Februar 1888.

Beerdigung: Sonntag Vormittag 11 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Begräbnissplatzes.

Am 16. c. verschied unser hochgeehrter Principal,

Herr P. Bloch.

Wir verlieren in ihm einen uns jederzeit liebenvollen, humanen Chef, dessen so frühes Ableben wir innigst bedauern; wir werden demselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.

[3099]

Das Comptoir-Personal der Firma M. Bloch.

Am gestrigen Tage starb

Herr Paul Bloch.

Seit dem Jahre 1886 unserer Gesellschaft angehörig, verliert diese in dem Hingeschiedenen ein geschätztes Mitglied, dessen Andenken sie stets in Ehren halten wird.

[3090]

Breslau, den 17. Februar 1888.

Der Vorstand der Gesellschaft der Brüder.

Durch das am 16. d. Ms. um 3 Uhr Morgens erfolgte Ableben des Civil-Ingenieurs,

[3227]

Herr Hermann Nippert

hat der Breslauer Handwerker-Verein einen schweren, unersetzbaren Verlust erlitten.

Ein Mitbegründer des Vereins und seit langen Jahren dessen erster Vorsitzender, hat der Verblichene bis in die letzten Tage seines Lebens, ungeachtet der Beschwerden eines vorgerückten Alters, mit aufopferndster Hingabe und Treue in unserem Vereine gewirkt und seine Ziele erfolgreich gefördert, wie er vermöge seiner liebenswürdigen Charaktereigenschaften die Herzen aller Deren gewann, die ihm nahe standen.

Wir beklagen aufs Tiefste den Verlust dieses Ehrenmannes, dem wir, als einem leuchtenden Vorbild treuer Pflichterfüllung, alzezeit ein dankbares Andenken bewahren werden.

Breslau, den 17. Februar 1888.

Der Vorstand und die Repräsentanten  
des Breslauer Handwerker-Vereins.

Als Spezialität für unser Bier-Engros-Geschäft in Süßern führen wir seit Jahresfrist

[308]

## „Lichtes Culmbacher Salon-Tafelbier“.

Nachdem dieses Bier (nächst dem dunklen Exportbier) allgemeinen Beifall gefunden hat, bringen wir dasselbe vom 2. Januar 1888 auch in unserem Fischer-Bier-Geschäft zum Verkauf.

M. Karfunkelstein & Co.,

Hoflieferanten, Schmiedebrücke 50.

Seitens der Direction der Mutual-Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von New-York in Berlin geht uns die Mittheilung zu, daß diese Gesellschaft im Jahre 1887 — 22 305 Polisen im Betrage von M. 295 194 240,57 ausgestellt hat. Der Versicherungsbestand dieser alten angelegten Gesellschaft war am 1. Januar 1888 M. 1 817 422 963,17, während die Activa an demselben Tage M. 504 929 120,49 betrugen. Es ist dies ein Vermögensbestand, der von keiner anderen Gesellschaft je anähnlich erreicht worden ist.

Die Abteilung für Deutschland hatte 287 Anträge auf Versicherungen von M. 4 289 425 Capital zu erledigen und wurden 220 Polisen im Betrage von M. 3 107 000 Capital ausgestellt mit einer jährlichen Prämien-  
einnahme von M. 150 967,13.

Ferner wurden 5 Leibrenten-Anträge erledigt mit einer jährlichen Rente von M. 7796,60, wofür M. 93 744 Capital eingezahlt wurden. Der größte Theil dieses Geschäftes wurde im Königreich Preußen effectuirt, und ist dies Resultat für das erste Geschäftsjahr ein bemerkenswertes. Ein detaillierter Geschäftsbericht wird demnächst publicirt werden.

Aus dem Regierungsbezirk. Volpersdorf, Kreis Neurode. Theile Ihnen hierdurch gerne mit, dass ich die Apotheker Rich. Brandt's Schweizerpillen für mich und meine Familie stets mit „gutem Erfolge“ gegen Verdauungsstörungen und hartnäckige Stuhlverstopfung angewandt habe. Meine Frau sowohl als ich, beide über 60 Jahre alt, haben schon öfter in hartnäckigen Fällen von Magenleiden nur einzigt durch die Apotheker Rich. Brandt's Schweizerpillen wieder Linderung gefunden; und können dieselben ähnlich Leidenden bestens empfehlen. Joseph Schmidt. Unterschrift beglaubigt. Der Gemeindevorsteher, (L. S.) Apotheker Rich. Brandt's Schweizerpillen sind à Schachtel M. 1 in den Apotheken erhältlich, doch achte man auf das weisse Kreuz im rothen Grunde mit dem Namenszug Rich. Brandt's.

[949]

Wer sich Haar und Bart dauerhaft schön blond, braun oder schwarz färben will, der benütze nur die amtlich untersuchte Franz Kuhn'sche Nussextract-Haarfarbe. In Breslau nur bei E. Gross, Neumarkt Nr. 42.

[0223]

## Loeflund's Diätetische Mittel.

Loeflund's echtes Malz-Extract ist bei Husten, Heiserkeit, Katarrh, Aithma, Brust- und Halsleiden seit 20 Jahren bewährt, ebenso sind Loeflund's Malz-Extract-Bonbons als Hustenbonbons sehr beliebt. das Malz-Extract mit Eisen wird bei Bleichsucht und Blutarmut, das mit Kalk bei engl. Krankheit, das Malz-Extract mit Leberthran für schwächliche Kinder empfohlen, die es gerne nehmen. Zu allen Apotheken, wobei ausdrücklich zu verlangen: von Ed. Loeflund in Stuttgart.

## Beachtenswerth.

Um meinen werthen Kunden zum Umzuge günstige Gelegenheit zu geben, „wirklich reelle Waaren“ sehr billig einzukaufen, habe ich einen grossen Theil älterer Muster meines

## Möbelstoff-, Teppich- und Gardinen-Lagers

ganz erheblich im Preise reducirt und zum

## Ausverkauf

gestellt. Derselbe umfasst:

Abgepasste, imitierte und echte Brüssel- und Tournay-Teppiche, abgepasste Portières in Chenille, Juteplüscher, Mekka-Portières, Stückschon für 7,50 Mk. Tischdecken: Gobelin, Plüscherdecken, Stück 10 Mark, in allen Farben. Kameeltaschen, Divanbezüge, abgepasste Chaiselongue-Decken 10 Mark. Steppdecken. Linoleum, Korkteppiche.

## Gardinen:

Für diesen Zweck habe ich von meinem Fabrik-Hause einige grössere Posten zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

## Ausverkauf

erhalten, und offerire dieselben: das Fenster, crème und weiss, ringsherum mit Band eingefasst, 3,25 Meter bis 3,65 Meter lang, 1,20 bis 1,50 breit, 3,00, 4,50, 5, 6, 8 bis 12 Mark.

Der Verkauf obiger Sachen findet nur gegen sofortige Baarzahlung statt.

Der Charakter meines Geschäfts ist zur Genüge bekannt; ich führe nur die reellsten Fabrikate. Die gebotenen Vortheile sind so augenscheinlich, dass jeder Käufer seine Befriedigung findet.

## Benno Perlinski, Schweidnitzerstrasse 36, im „Löwenbräu“.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Liebe und Theilnahme, die uns sowohl während der Krankheit, als auch insbesondere bei der Beerdigungsfeier unseres theuren, unvergesslichen Gatten, Vaters und Grossvaters, des Pastor

Wilhelm Schulze,

in so außerordentlicher Masse zutheil geworden sind, sagen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank. Gott wolle Allen ein reicher Vergeltet sein!

Kreibau, den 16. Februar 1888.

## Die Hinterbliebenen.

„Wann kommt das Reich Gottes?“ (Luk. 17, 20). Predigt Sonntag, Nachmittag 5 Uhr, Zwingerstraße 5a.

[3112]

Trübe gewordene Schweizer Stickereien zu außergewöhnlich billigen Preisen so lange der Vorrath reicht bei Hoflieferant Albert Fuchs, Schweidnitzerstr. 49.

Echt Landcker  
Tannenduft à 40—75 u. 1,50.  
Gefund. angel. Zimmerparfüm.  
E. Stoermer's Nachf., Orlauerstr. 24/25.

Wer liefert sandfreien Tabakgrn? Demüstete Öfferten erbittert  
Rauchischer Schnupftabak-Fabrik Emil Wuttke in Raivisch.

### Stadt-Theater.

Sonnabend. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: „Während der Börse.“ Schwanz in 1 Act von C. Mautner. (Walberg: hr. Schweighofer.) — „Wiener Gesellen.“ Solosolo mit Gesang von E. Costa. (Carl Stüber: hr. Schweighofer.) Eine Vereinschwester.“ Schwanz mit Gesang in Act von A. Langer. (Ignaz: hr. Schweighofer.) Sonntag. „Der Maskenball.“ Große Oper mit Tanz in 5 Acten von Huber. Montag. Erhöhte Preise. (Parquet 5 Mar. 2c) Erstes Gastspiel des Herrn Heinrich Bötel. „Der Troubadour.“ Oper in 4 Acten von G. Verdi. (Manrico: Herr Heinrich Bötel.)

### Lobe-Theater.

Sonnabend. Der Zigeunerbaron. Operette von Strauß. Sonntag. Nachmittags 4 Uhr bei kleinen Preisen: „Francillon.“ Abends 7 1/2: Der Zigeunerbaron.

**Thalia - Theater.** Sonntag. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. Zum 3. Male: „Sein Spezi.“ Gefangenposse in 4 Acten von B. Zapppert. (Schiefrig: hr. Schweighofer.)

### Helm-Theater.

Sonnabend, den 18. Februar. „Schöne Galathé.“ „Leichte Cavallerie.“ Auschank von vorzügl. Helm-Bräu.

**Verein für class. Musik.** Mozart, Streich-Quartett, G-dur (Haydn gewidmet). [2339]

J. Haydn, Variationen, F-moll, für Clavier.

Jul. Schäffer, Fantasiestücke, für Clavier.

Beethoven, Claviertrio, D-dur, op. 70 Nr. 1.

Clavier: Herr Prof. Dr. Schäffer. Gastbillets (Mk. 1) bei Lichtenberg.

**Concert von Max Bruch.** Sonntag, den 19. Februar, Vormittags präzise 11 1/2 Uhr, im Musiksaal der Universität: Zweite Probe für den Gesamtchor. [2323]

M. Bruch.

### Victoria - Theater.

Simmenauer Garten.

Heute: Neu!

Die geheimnißvolle Dame auf dem Trapez.

Neueste Illusion auf gymnastischem Gebiete. (Miss Alasca, eine junge wohlgeformte Dame präsentiert sich dem Publikum und erscheint darauf am Trapez ohne Beine. Dies neueste Künftig ist eigene Erfindung von Miss Alasca u. wird zum ersten Male gezeigt.) Die hier mit so großem Erfolg aufgenommene

**Miss Marion Graham,** die beste engl. Sängerin, gen.: Der „Star“ Englands. Etelka, des Metamorphosen-Künstlers Willy Harry und des indischen Malabaristen Rio de Millardo. [2322]

Nur noch einige Tage: Mr. Vallo, Antipoden spiele, Mlle. Luciana, Balance-Equilibristin, Gebr. Herrfeld, Wiener Cartaturen-Dichterinnen, Miss Constanze, Eidechsdiame, u. Selma la Tendresse, Walzer-Sängerin. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf.

### Zeltgarten.

Auftreten von

**Brothers Renad,** großartige, musikalische, erstaunliche Clowns, des einheimischen Mr. Bare und des Clowns Artell in ihren staunenerregenden Reckproduktionen, Mr. Grossi, Sängerin, Gebr. Meinholt, Gesangsumoristen, Eugen Fredy, Komiker, Dr. Elisa Weyer, Sängerin, Mr. Neiss, Stuhlequilibrist, und sensationelle gymnastische Lustproduktionen, ausgeführt von [2321]

**Troupe Hegelmann** (5 Herren, 1 Dame).

Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf.

### Frauenbildungs-Verein.

Montag, 7 1/2 Uhr: Herr Bandmann, präf. Sabaraxt: „Bahn-schmerz, dessen Ursachen und Verhütungen.“ [2326]

### Humboldtverein

für Volksbildung.

Sonntag, den 19. Febr., Nachm. 5 Uhr, im Musiksaal d. Kgl. Universität: **Vortrag des Herrn Oberlehrer Zimpel:** „Das deutsche Theater im Mittelalter.“ NB. Öffnung des Saales erst 4 1/2 Uhr. [962]

### Verein Machsikeh Thorah.

Graupenstraße 11b. Vormittag 11 Uhr:

### Vortrag.

Bitte u. ei. Zeich., w. w. u. tr. kön. D. 3. erh. i. immer 2 L. sp. D. Turner.

### Plombe und Zähne,

Zahnziehen, Nervtödten zc.

**Robert Peter, Dentist,**

Altensteierstr. 1, L., Ecke Herrenstr.

### Bismarck's Worte

am 6. Februar 1888

vollständige Reichstagssitzung v. 6. Februar 1888, circa 48 Seiten, hochlegant gebunden, Deckelgoldprägung, 1 Exemplar gegen Einsendung von 70 Pf. franco. [2324]

Wiederverkäufer Colporteur

höchsten Rabatt.

Hugo Wiese, Dresden, Kaulbachstr. 33.

### Corsets

in nur eleganten Façons, anerkannt den höchsten Anforderungen entsprechend, empfiehlt

### A. Franz,

Carlsstraße 8,

Eingang Dorotheenstraße. [2319]

### \* Schönstes Geschenk \*

Bon kleinen Portraits, besonders von Photographien Verstorbener, fertige ich große Wandbilder [2835]

schon von 3 Mark an. \*

Proptre Erledigung schriftl. Aufträge.

**Ad. Pick, Photographe,**

Nicolaistr. 69.

### Gelegenheitsauftrag für Naucher.

Wegen Geschäftsaufgabe am 1. April räume bis dahin mein Lager und verkaufe von heut ab

10 % unter bisherigem Preise. \*

Die Ladeneinrichtung ist billig zu haben.

**Gustav Kühnast, Eig.-Gesch., Breitestr. 6/7.**

### Eduard Heger's aromatische Schwefel-Seife,

nur allein

vom

Königl.

Kreisphysikus

Herrn

**Dr. Alberti**

in Jauer

geprüft

und empfohlen.

sowie alle anderen feinsten Qualitäten für jeden Zweck und jede Hand.

Mustersortimente zu 50 Pfennigen.

zu beziehen durch jede Papierhandlung.

Niederlage bei: S. Loewenhain,

171 Friedrichstr., Berlin W-

22. Kölner

Dombau-Lotterie

Ziehung 23. 24. 25. Februar er.

Hauptgegeldgewinne:

Mk. 75000, 30000, 15000 etc.

kleinsten Gewinn Mk. 60,

Originalloose à M. 3.

Porto u. Liste 30 Pf.

**D. Lewin, Berlin C.**

16. Spandauerbrücke 16.

Der Porzellan-Ausverkauf

findet von heute ab nur

Reuschestr. Nr. 63

statt.

**B. Jarecki, Auctionator.**

Junge Kaufleute finden gute Pension

bei L. Eisner, Zwingerstr. 8.

Strümpfe, wie jede Art gewirkte

Sachen w. angewirkt w. eingef.

auch Nahtstickerei. Annahme:

Albrechtstraße 18, II. Et. [3079]

### Stadt-Theater.

### Gastspiel des Herrn Heinrich Bötel.

Montag, den 20. Februar:

### „Der Troubadour“.

Oper in 4 Acten. Musik von G. Verdi.

(Manrico: Herr Heinrich Bötel.)

Preise der Plätze: [2329]

|                     |         |                                   |
|---------------------|---------|-----------------------------------|
| I. Rang-Loge .....  | 8 M - A | II. Rang-Proscenium 3 M 50 A      |
| I. Rang-Loge .....  | 6 - - - | II. Rang-Loge ..... 3 - 50 -      |
| I. Rang-Loge .....  | 6 - - - | III. Rang-Balcon ..... 3 - 50 -   |
| Orchesterloge ..... | 6 - - - | Parterre ..... 1 - 50 -           |
| Parterrelodge ..... | 5 - - - | Gallerie-Stehplatz ..... 1 - 50 - |
| Parterrelodge ..... | 5 - - - | Gallerie-Stehplatz ..... 1 - 50 - |

Die Herren Actionaire werden hierdurch zu der auf

### Zum Purimfeste

empfiehlt

### echt polnische Brotkuchen

in allen Größen.

Bestellungen werden pünktlich und bestens ausgeführt.

### Albert Müller's Pfefferküchlerei,

Neuschefstraße 5.

Empfang sehr schönen und absolut unvermischten

Echten Berger Leberthran! ärztlich empfohlen.

E. Stoermer's Nachf. F. Hoffschmidt, Ohlauerstraße 24/25.

### Magdeburger

### Feuerver sicherungs-Gesellschaft.

Die Herren Actionaire werden hierdurch zu der auf Montag, den 5. März, Nachmittags 4 Uhr, anberaumten

ordentlichen vierundfünfzigsten General-Versammlung

im Saale unseres Gesellschaftshauses, Breite Weg Nr. 7 & 8, hier, ergebenst eingeladen.

Auf der Tagesordnung stehen:

1) Vorlage der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung für 1887, sowie des Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwidenden Vorstandsberichtes und Vorschläge über die Gewinnertheilung mit den Bemerkungen des Verwaltungsrates; Bericht des Verwaltungsrates über die Prüfung der Bilanz und Jahresrechnung;

Beschluß der Generalversammlung über Genehmigung der Bilanz, über die Vorschläge zur Gewinnertheilung und über die dem Verwaltungsrath und dem Vorstand zu erhellende Entlastung.

2) Wahl von drei Mitgliedern des Verwaltungsrathes. Die Bilanz und Jahresrechnung sowie der Vorstandsbericht mit den Bemerkungen des Verwaltungsrathes werden vom 20. Februar ab in unserer Hauptkasse hier zur Einsicht der Actionaire ausgelegt, ebendaselbst auch die erforderlichen Eintrittskarten von Freitag, den 2. März ab, bis zum Montag, den 5. März, Mittags 12 Uhr, ausgegeben.

Wollmachten wegen Vertretung abwesender Actionaire sind bis zum Tage vor der General-Versammlung einzureichen.

Magdeburg, den 15. Februar 1888.

### Magdeburger Feuerver sicherungs-Gesellschaft.

### Der General-Director

Rob. Tschmarke.

Eisenbahn-Directionsbezirk Breslau.

Ausschreibung, betreffend die Anlage einer Central-Signal- und Weichenicherung mit elektrischer Blockierung der Einfahrtsignale am westlichen Ende des Bahnhofes Oppeln.

Angebote, mit der Aufschrift: „Central-Signal- und Weichenicherung auf Bahnhof Oppeln“, sind versiegelt und gebührenfrei bis Mittwoch, den 29. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen.

Bedingungen mit Zeichnung können im Geschäftszimmer 9 eingesehen, auch gegen Entrichtung von 1 Mark (in Briefmarken à 10 Pf.) ebendaher

### Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Wilhelm Stolzenburg** in Neisse ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß der bei der Bertheilung zu berücksichtigenden Verderungen und zur Beißlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin [2314]

auf den 9. März 1888,

Vormittags 11 Uhr,  
vor dem Königlichen Amtsgerichte hierstehend, Zimmer Nr. 9, bestimmt.

Neisse, den 15. Februar 1888.

**Herr**,

Gerichtsschreiber  
des Königlichen Amts-Gerichts.

### Bekanntmachung.

In unserm Gesellschaftsregister ist heute unter Nr. 98 die zu Neisse unter der Firma [2315]

### Krause und Tank

bestehende Handelsgesellschaft mit dem Beifügen eingetragen worden:

1) d. dieselbe am 1. Februar 1888 begonnen,

2) daß die Gesellschafter sind:  
a. der Buchbindemeister Mag  
Krause und  
b. der Buchdrucker Albert Tank  
zu Neisse.

Jeder von beiden ist zur Vertretung der Gesellschaft befugt.

Neisse, den 15. Februar 1888.

**Königliches Amts-Gericht.**

### Bekanntmachung.

In unserem Genossenschaftsregister ist vermerkt worden, daß für die Zeit vom 1. Januar 1888 bis ultimo December 1890 als Mitglieder des Vorstandes des hiesigen Vorschuß-Vereins Herr Emil Schütz, als Director, und [2313]

Herr Kaufmann Albert Welzel,  
als Kassirer,  
beide zu Potschau, gewählt resp.  
wieder gewählt worden sind.

Potschau, den 13. Februar 1888.

**Königliches Amts-Gericht.**

### Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register wurde heute unter Nr. 122 des FirmenRegisters bei der Firma

**A. Ochmann**

zu Peiskretscham folgende Eintragung bewirkt: [2312]

Die Firma ist durch Erbgang auf den Kaufmann

**August Ochmann**

übergegangen.

Ferner ist in unserem Firmen-Register unter laufende Nr. 685 die Firma

**A. Ochmann**

zu Peiskretscham und als deren alleiniger Inhaber der Kaufmann August Ochmann zu Peiskretscham eingetragen.

Gleimitz, den 11. Februar 1888.

**Königliches Amts-Gericht.**

### Bekanntmachung.

In unserm Firmenregister ist das Erlöschen der unter Nr. 176 eingetragenen Firma [2310]

**Joseph Prager**

zu Kattowitz, Inhaber: Kaufmann Joseph Prager hier selbst, heut eingetragen worden.

Kattowitz, den 9. Februar 1888.

**Königliches Amts-Gericht.**

### Bekanntmachung.

In unserm Firmenregister ist das Erlöschen der unter Nr. 264 eingetragenen Firma [2311]

**Andreas Bernatzki**

zu Siemianowitz, Inhaber: Kaufmann Andreas Bernatzki daselbst, heut eingetragen worden.

Kattowitz, den 9. Februar 1888.

**Königliches Amts-Gericht.**

### Bekanntmachung.

Die Baronin Saurma, geb. Gräfin Hatzfeld, auf Rochsburg bei Sagan wohnhaft, ist im Jahre 1884 als Verchwenderin unter Vormundschaft gestellt und dürfen demgemäß ohne Genehmigung des Vormundes, Justizrat **Universität** in Sorau i. L., ihr weder Sachen noch Geld auf Credit verabfolgt werden. [1645]

Sorau, den 23. Januar 1888.

**Königliches Amts-Gericht.**

### Abteilung II.

### Bekanntmachung.

Für das Rechnungsjahr 1888/89 sind im Wege des schriftlichen Angebots zu vergeben:

20000 kg raff. Nübbel am 3. März,

Vormittags 11 Uhr,

50 Stk. hanf. Haspelseile, 60 bis 100 m lang, 20 mm stark, am 3. März, Nachmittags 4 Uhr.

Angebote sind spätestens bis zur angegebenen Stunde mit entsprechender Bezeichnung frei und versiegelt einzureichen. Die Bedingungen sind während der Amtsstunden einzusehen oder abschriftlich gegen Einsendung von 50 Pf. Schreibgebühren zu beziehen. [2309]

Tarnowitz, den 13. Februar 1888.

**Königliche Berginspektion.**

Für zwei kosmetische Special-Artikel, von denen der eine mehr als 60 Jahre in einer Familie, wird ein Comptoir ge sucht. Offerten sub O. 74 Exped. der Bresl. Btg. [3080]

### Bekanntmachung.

Das zur D. Krone'schen Con cursmaße von Oels i. Schles. gehörige Warenlager, bestehend in Schnittwaren &c., sowie Geschäfts-Utensilien-Inventar u. s. w. soll mit Genehmigung des Concurs-Gerichts baldigst freihändig verkauft werden. [2338]

Reflectanten können das Warenlager &c. täglich in Augenschein nehmen und sind Offerten recht bald dem Unterzeichen einzurichten. Oels i. Schles., den 17. Februar 1888.

**Ottokar Maezewski,**

Concurs-Verwalter.

Für ein flott im Gange befindliches Pzn., Posamentier- und Weißwaren-Geschäft Oberschlesiens wird behufs Ausdehnung entweder ein stiller

**Socius**

mit Einlage oder ein thätiger, noch unverheiratheter junger Mann als solcher, mos. Glaubens, gesucht. Offerten sub A. D. 104 Exped. der Bresl. Btg.

**W. Centawer.**

Für meine Tüchtige Verkäuferin sind in m. Schnittw. u. Confections-Geschäft per März günstiges Engag.

**M. Centawer.**

Eine junges gebildetes Mädchen, evang., sucht Stelle als Stütze der Hausfrau. [957]

Dieselbe ist in allen Zweigen der Wirthschaft sowie im Plätteln und Schneidern erfahren.

Gefällige Offerten sub M. L. 44

Mosse, Glogau.

Gefügt wird für Ostern ein junges Mädchen zur Pflege und Beaufsichtigung mehrerer Kinder und zur Stütze im Haushalt. Liegnitz, den 15. Februar 1888.

Frau Steinfeld.

Für mein Destillations-Geschäft

suehe ich per 1. April c. ein anständiges, beschiedenes und gewedtes

Mädchen als [2297]

**Schänkerin.**

Den Offerten sind Zeugniss-Copien

event. Angabe der bisherigen Be

schäftigung beizufügen.

**A. Wendiner, Brieg.**

Tücht. Wirthschafterin, gute Köchin, f. Stubenmädchen, Kinderküch., Kinderfrauen u. Mädel. f. Alles mit gut. Attesten empf. Brier, Ring 2.

1 Schneid., d. a. Weißnäht, f. Geschäft.

1 bei Herrn. Grünstr. 12 b. Ritter.

1 tücht. Schleif. mit gut. Zeugn. empf.

f. Antritt Zolki, Freiburgerstr. 25.

**Brauerei-Verkauf!**

In der a. d. Eisenbahn u. Chaussee geleg. Kreisstadt Gräß, Pr. Posen, ist ein Hotel I. Ranges m. gr. Saal wegen hoher Alters u. Kranklichkeit des Besitzers mit günst. Beding. zu verkaufen. Gräß hat 2 Amtsgerichte, 1 höhere Knaben- u. Mädchenchule. Das Hotel liegt am Markt an der frequentesten Stelle. Selbstreflectanten erheilt Auskunft

**S. Kutzner,**

Hotelbesitzer in Gräß. [783]

**Brauerei-Verkauf.**

Wegen anderw. Geschäfts-Übernahme bin ich veranlaßt, meine in einem großen Dorfe mit über 4000 Einw. 1/2 Stunde v. d. Bahn gelegene, ober- u. untergärbige Brauerei, die einzige am Ort, mit laufendem Wasser, großer Mälzerei und Eis-Lagerkelleri nebst dazu gehörender Faßlage sofort zu verkaufen. Offerten unter B. B. 24 an die Exped. der Bresl. Btg.

**W. Stöckli.**

Wege Todestall meines Mannes und meiner Kranklichkeit, ist mein seit 34 Jahren bestehendes Baud., Posamentier-, Weißwaren-Geschäft zu verkaufen und sofort zu übernehmen. [2306]

Pauline Stöckli i. f. Wilh. Stöckli, Gr.-Stöckli.

**E. C. Goralezik,**

Myslowitz, a. d. russ. Grenze.

**C. Goralezik.**

Ein tücheres Wurstgeschäft zu verkaufen. Off. unt. R. B. 78

Exped. der Bresl. Btg. [3113]

**Echtrussisch. Caviar,**

vorläufig im Geschmack, versendet das Original-Psd. incl. Büche mit 4 M. 50 Pf. gegen Nachnahme

[928]

**H. Levinthal,**

9, Goldene Radegasse 9.

**Fett-Büdinge**

1 Wall 1,00-1,20 Mark, Wilde Enten à Stück 50 Pf. p. Nachnahme, größere Posten nach Uebereinkommen.

**W. Pauli.**

Fischhandlung u. Käscherei,

Seebad Ahlbeck. [3082]

**Ganz junges Schweinefleisch**

von 4 Pfund ab 45 Pf. [3102]

Friedrichstraße Nr. 62.

**Comptoir-Einrichtung,**

Bult, Actenschrank &c., noch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offerten unter G. M. an die Ammonien-Exped.

von Rudolf Mosse, Breslau, erb.

**Stellen-Anerbieten**

und Gesuche.

Insertionspreis die Seite 15 Pf.

**W. Centawer.**

**Commiss**

sofortige Stellung. [955]

**David Jaffa's Enkel,**

Bernstadt i. Schles.

**Colonialwaren-Geschäft**

wird per 1. April c. einen

Coloni. - u. Eisenw-

-Geschäft suchen.

**Commiss**

gesucht pr. 1. April c. einen

tüchtigen Geschäft.

**Commiss**

gesucht pr. 1. April c. einen

tüchtigen Geschäft.

**Commiss**

gesucht pr. 1. April c. einen

tüchtigen Geschäft.

**Commiss**

gesucht pr. 1. April c. einen

tüchtigen Geschäft.

**Commiss**

gesucht pr. 1. April c. einen

tüchtigen Geschäft.

**Commiss**